

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

65 (18.3.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 7/8-11 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Adalbin Nr. 481.

Anzeigen: Die Typo. Kolonelleile od. deren Raum 25 A. zugl. 30 % Zeilenzugszahl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/2 vorm., für größ. Aufträge nachm. zwot. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Würgertaktik.

Karlsruhe, 18. März.

In den Spannungen und Katastrophen, die jetzt Europa durchmacht, ist die Einsicht bei allen Völkern zum Durchbruch gekommen, daß der Friede so bald wie möglich geschlossen werden muß. Genüßfertigkeit als eine Vorbedingung ist die Mahnung der Lebensmittelpersonen und der Aufhebung des Fischereiverbotes in der Ostsee ist ein Zeichen der Entente anzusehen. Sie beweist immerhin, daß der Sieg der Entente doch nicht ausschlaggebend entschieden hat, daß sie nicht gewonnen sind, denn Hunger und die weitere Millionen Menschenleben zu können. Man möchte gerne erfahren, ob die Mittelung des englischen Generals an die Pariser Konferenz, seine Soldaten werden eher meutern, als die Hungerfalotrophe von deutschen Frauen und Kindern weiter anziehen, die sich nimmend zur Lebensmittelpersonen erzwingen haben soll, auf Wahrheit beruhe. Deshalb möchte man es so gerne erfahren, weil es einem förmlich wohl tut, nach Erbauung und Verübung von vielen Vorkäufen auch einmal Beweise von anständiger und humaner Gesinnung kennen zu lernen. Bei den Diplomaten und Militärs, die sich nimmend zur Lebensmittelpersonen erzwingen haben, ist ja schließlich nur die Befinnung durchgebrungen, jetzt ist der Zeitpunkt, wo die tatsächlich bestehende Lebensmittelpersonen in das Aussehen des ganzen Volkes umzuwandeln droht, jetzt müssen wir helfen, wenn wir uns die Deutschen als arbeitsschüßige Kriegsentwicklungsgefahr und als kaufkräftige Konsumenten erhalten wollen. Vom Menschheitsstandpunkt betrachtet ein ethisches Minimum, gerade so viel, wie ein atomischer Großkapitalist seinen Sklaven zugute kommen ließ.

Sobald unsere Feinde an die definitive Festlegung der Friedensbedingungen gehen, kommt sofort der Vorbehalt dieses ethischen Minimums: Nur so viel lassen, als zur Existenzsicherung möglich ist, in Erwägung. Jetzt hat auf Veranlassung des Lord George der Direktor der Bank von England, Herbert Cecil, ein Gutachten über die Höhe der Kriegsentwicklungsgefahr, die Deutschland an die Entente zahlen soll und über die Art ihrer Abtragung, ausgearbeitet. Dieser Finanzmann ist der Meinung, daß wir imlande seien, jährlich eine Kontribution von 12 Milliarden und einige hundert Millionen Mark dazu zu entrichten und das dreißig bis fünfzig Jahre lang. Er legt eine statistische Angabe von Gelderwerb zu Grunde, der zufolge wir jährlich in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich vierzig Milliarden Mark pro Jahr verdient haben. Nun ist diese Angabe unseres ehemaligen Staatssekretärs der Reichskriegsamtamt wohl eine erhebliche Uebertreibung. Es wollte i. H. soviel wie möglich Kriegsanleihererwerbungen, herausstreifen und so hat er die Ziffer tendenziös übertrieben. Aber wäre sie auch nur in dem Sinne wahr, daß es nur zwei bis drei Milliarden Mark nicht mehr ankommt, so ist es doch gerade lächerlich, uns eine jährliche Kontributionssumme von zwölf Milliarden zugumuten. Denn diese Gelderwerbungen vierzig Milliarden sind nicht der Nettoerwerb, sondern das bloße Einkommen der deutschen Bevölkerung. Erpart hat das deutsche Volk höchstens acht Millionen Mark. Das war vor dem Kriege, also zu einer Zeit, da die Steuerlast noch nicht auf ein Viertel ihres jetzigen Betrages gekommen war. Veranschlagt man andererseits nun auch das Einkommen während der Kriegszeit in der Verteilung der Waren, der Löhne und Gehälter entsprechend höher — statistische Angaben existieren leider noch keine darüber — so bleibt es doch sonnenklar, daß wir mehr als unseren Reinerwerb aufgeben müßten, wenn wir jährlich zwölf Milliarden an die Entente abliefern wollten. Der Lordkriegsamtamt der Englischen Bank, Herr Cecil, hat das wohl auch erkannt und so schlägt er einen Zahlungsmodus vor, der eine schenbar mildere Form der Ausprägung bedeutet. Die Entente, an ihrer Spitze England, soll die wirtschaftlichen Hauptbetriebe Deutschlands in ihren Besitz überführen und deren Erträge als Kontributionserträge betrachten. Praktisch käme das auf eine Enteignung der jetzigen Betriebsbesitzer durch einen fiskalischen Konzern der Entente hinaus, wobei die Abfindung für die Expropriation dem deutschen Staat zur Last fiel. Technisch wäre das wohl unter vielerlei Schwierigkeiten und unter Verteilung neuer Kosten zu machen. Aber wer wird sich denn damit in Deutschland zufrieden geben? Die bisherigen Besitzer schon gar nicht. Was hier geschieht, dürfte ihnen als die schlimmste Art der Enteignung, als Raub und Diebstahl zusammen, vorkommen. Und die Empörung würde, wenigstens bei den Großunternehmern, durch den fortbestehenden Umstand immer neu genährt und vermehrt werden, daß sie nun im Lande gar keine Verwendung für ihr Geld und ihre Arbeitskraft finden. Ein fremde Dienste geht der Großkapitalist nicht. Er wird sich schonstens bedanken, wenn er in den Betrieben zu werden, die er ehemals geleitet und ausgebeutet hat. Sein Geld neuerdings in diese Betriebe hineinstecken kann er auch nicht, denn dann würde er bloß für die Entente arbeiten. Er müßte sein Geld ins Ausland abliefern lassen und dazu wird er, nachdem er erfahren hat, auf welche unfürsorglicher Grundlaage ein solches Kapital arbeitet, wenig Lust haben. Aber nicht nur der Großunternehmer wird mit dem Geschäftsamtamt der Kriegskontributionssumme nicht einverstanden sein. Es ist kein Zweifel, alle Bedingungen der Waffenstillstandsverhandlungen haben das nationale Empfinden der Deutschen als Reaktionswirkung auf den herausfordernden Imperialismus der Entente auf den Geschäftspunkt getrieben. Die kommen

den Friedensbedingungen werden ihr Teil noch dazu tun. Dann wird alles, was noch einen Anhaufen von nationalem Empfinden in sich trägt, was nicht begreifen kann, daß man sein Leiden zum Profitieren soll, nur damit die Franzosen desto eifriger im Kultus der gloire schwelgen, nur damit die Engländer noch energischer als bisher den angloimperialistischen Traum realisieren, alles das wird empört jenen Gibbischen Plan als nationale Beleidigung ablehnen. Für die Gesellschaft arbeiten wir nicht. Und die Proletarier hätten erst recht keinen Grund, zufrieden zu sein. Der nationale Standpunkt ad 1. Dazu kommt ein für sie wichtigeres Moment. Die wirtschaftliche Situation der Zukunft steht unter dem Zeichen der Sozialisierung. Können wir Engländer, Franzosen und Amerikaner in den Besitz unserer Industrie, unserer Banken, unserer Produktionsmittel, so wäre aller Sozialisierung mit einem brutalen Faustschlag ein Ende gemacht. Das deutsche Proletariat läßt sich um alle Hoffnungen gebracht, und zwar von den Mächten, die es bisher als Vertreter freierer Verfassungen und freieren Menschentums überhaupt geschätzt hat.

Auch von anderen Friedensbedingungen erfährt man. Sie sind durchweg trübselig. Es ist geradezu, als ob eine organisierte Räuberbande sich zur Amputation unseres Landesbestandes zusammengelassen hat und als ob allerhand sonderliche militärische und zivilpolitische Guttmänner dabei sind, ihrem Raubzug dauernde Sicherheitsgarantien zu versprechen. Sie denken, daß es damit gemacht ist, wenn sie unseren Seeresatzstand auf 200 000 Mann auf 100 oder 140 000 Mann reduzieren, dann sei Eisloch-Notbringen und die Polz und die Rheinlande in unbestreitbarem französischem oder belgischem Besitz. Immer derselbe Fehler eines bornierten Militarismus: wenn die militärische Uebermacht feststeht, so ist ein Faktum von endgültigem Bestand geschaffen, sei das Faktum selbst auch die drückendste Ungerechtigkeit. Frankreich könnte aus seiner eigenen Geschichte viel lernen. Als es 1871 niedergeworfen war, hat es freilich an seiner militärischen Wiedererrichtung mit äußerster Kraftanstrengung gearbeitet, aber hätte es seine Revandationspläne auf den einzigen Grundpfeiler Militarismus gestellt, so würde es jetzt gründlich verpielt haben. Es beruht damals seine Situation und es überantwortete seine Revandationspläne einer anderen Methode: einer guten Politik. Als es ihm mit dieser Politik gelungen war, uns mit Feinden links und rechts, uns mit Feinden aus der ganzen Welt zu umstellen, da war der Tag der Revandate für Frankreich angebrochen. Will Frankreich aus seiner Geschichte nichts lernen, so können wir es vielfach. Gut, wir geben es auf, alles auf die starke Militarismus zu legen. Vielleicht kommt auch uns einst eine Politik an veränderter Basis dem imperialistischen Uebermut Frankreich gegenüber zu Gute. Vielleicht aber ist noch andere Methode. Wer aber will sagen, wie viele Hilfsmittel einem großen, gebildeten Volk zu Gebote stehen, das seinen produktiven Geist ganz intensiv auf den einen unausweichlichen Gedanken: Befreiung von fremdländischer Knechtung einpendelt. Augenblicklich unterzeichnen wir freilich jeden Friedensvertrag. Aber definitiv wird nur ein solcher sein, der über das ethische Minimum des gerade noch Lebenslängens weit hinausgeht, der uns die wirtschaftliche Wiedergeburt ermöglicht. Und in dieser Richtung liegt weder der Gibbische Plan noch die Würgertaktik der französischen Generalidee. O-n.

Die Friedenspräliminarien.

Paris, 17. März. Bei einem Empfang der alliierten Journalisten sagte Wilson nach einer kurzen Rede u. a.: Die deutschen Schiffe, die zur Versorgung Deutschlands dienen werden, sollen einem internationalen Transportschutz unterworfen sein, dessen Verfügung gestellt werden, ohne in den Besitz der Alliierten überzugehen. Zur Schlichtung wird von der Friedenskonferenz selbst anerkannt werden. Auf die Frage, ob der Völkerbundplan in den Friedensvertrag aufgenommen werden würde, sagte Wilson, daß nach seiner Ansicht der Völkerbundplan nicht durch die Präliminarien festgelegt werden solle. Die Friedenspräliminarien bilden hauptsächlich das Fundament des Friedensvertrages, bedeuten aber nicht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Sie bestimmen lediglich das Ende des Kriegszustandes. Nach dem Vorliegen könne Deutschland unmittelbar seine Beziehungen mit dem Ausland wieder aufnehmen. In Bezug auf Polen sagte Wilson u. a.: Die Abreise polnischer Truppen nach Danzig sei grundsätzlich beschlossen. Französische Offiziere seien ebenfalls beauftragt, nach Polen zur Verstärkung des Heeres zu gehen.

WZ Kopenhagen, 17. März. „Extrablatt“ wird aus Stockholm gemeldet: In hiesigen unterrichteten deutschen Kreisen verlautet mit größter Bestimmtheit, daß Deutschland es ablehnen werde, einen Frieden zu unterzeichnen, der nicht in Uebereinstimmung mit Wilsons 14 Punkten steht. Man soll sich über die Folgen einer solchen Ablehnung vollkommen klar sein, Deutschland wird unter neuen Umständen einen Frieden annehmen, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt.

Bern, 18. März. Wie der „Temps“ wissen will, erwägen die zuständigen Ausschüsse u. a. eine Lösung für die Nordsee-Kanalfrage, wonach der Kanalbetrieb einer internationalen Aktiengesellschaft übertragen werden soll, die sich aus den Regierungen zusammensetzt, deren Handelsverträge den Kanal benutzt, dem aber späterhin nach Festlegung der neuen europäischen Ordnung auch Deutschland angehören kann. Der Wert des Kanals ausschließlich eines Handelsverkehrs auf beiden Ufern soll von der Entscheidung, die Deutschland zu beschließen hat, abgegrenzt werden.

Bern, 17. März. Der belgische Sozialistenverband hat nach Vorberathungen in einer Resolution sich gegen die Bestimmungen ausgesprochen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker kürzen wollen und im Zusammenhang damit das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung von Luxemburg und der valonischen Bürger Rhein-Preuzers verlangt. Der Verband protestiert gegen jede Angriffspolitik gegenüber Holland, wünscht aber, daß eine freie Schelde- und Maas-Schiffahrt auf Grund des internationalen Abkommens für alle Zeiten und unter allen Umständen gesichert werde.

Berlin, 17. März. Eine große Protestkundgebung gegen den Raub des deutschen Saarlandes fand gestern in den Räumen des Berliner Sportpalastes statt. Namens des Ausschusses für den Saargebietsschutz wandte sich der frühere Handelsminister v. Sadow stark gegen die Absichten Frankreichs, Deutschland ein Gelände abzunehmen, dessen Bevölkerung rein deutsch sei und mit allen Fasern des Geistes am Vaterlande hänge. Prof. Rind behandelte die geographische und historische Bedeutung des Saargebietes. Abg. Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, erklärte vom Standpunkte der Arbeiter: Wir wollen keine Revandationen, weil wir Frieden wollen. Die Verletzung einer Jurisdiktion des Vertragsabgeordneten Dr. Pfeiffer aus Weimar, in der mitgeteilt wurde, daß die Franzosen zur Vorbereitung der Annexion in den nächsten Tagen eine große Kundgebung in Saargebiet veranstalten wollten und daß Maréchal Foch seinen Einzug halten und die Annexion von Saarlouis durch Tautz erklären werde, rief große Entrüstung hervor. Es gelang eine Entschließung zur Annahme, welche die bestimmte Erwartung ausspricht, daß die Selbstbestimmungsrechte der Völker auf das Saargebiet angewandt werde und daß eine dem Willen der Bevölkerung widersprechende Verlegung auf die Dauer ebenso verhindert werde wie eine Annexion.

Eine Kundgebung für den Völkerbund.

Berlin, 18. März. Heute veranstaltete die Deutsche Liga für den Völkerbund im Herrenhaus eine außerordentliche Kundgebung für den wirklichen Völkerbund. Reichsminister Erzberger eröffnete die außerordentlich zahlreiche Kundgebung mit einer längeren Rede, in der er über das Recht Deutschlands auf einen gerechten Frieden, für den Wilson dem deutschen Volk gegenüber verpflichtet sei, auf sofortige Aufnahme in den Völkerbund, Regelung der kolonialen Fragen im Sinne des 5. Punktes der Wilsonschen Forderungen betont und verlangte, daß in Eile-Verhandlungen eine Volksabstimmung stattfinden und daß die Deutschen im Osten vor polnischer Vergewaltigung geschützt werden. Als zweiter Redner sprach der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Mitglied der deutschen Nationalversammlung, Karl Legien über dasselbe Thema. Er wandte sich zunächst gegen die Alliierten, Vorkriegsrepublik und die militärische Kastei, die den Krieg mitverschuldet haben, den Krieg, der mit den grauamsten Mitteln geführt worden sei. Ein solcher Krieg dürfe nicht wiederkehren, wohl aber müsse der allgemeine Völkerbund kommen ohne Ausschließung irgend eines Staates. Der Völkerbund, wie ihn die Entente sich denke, dem wohl Serben, Montenegro, Tschechoslowaken, aber keine Deutschen angehören sollen, sei kein Völkerbund, sondern eine Aktiengesellschaft der Sieger.

Anstelle des Professors Walthers Schilling, der von der Berner Konferenz nicht rechtzeitig einzutreffen vermochte, hielt die dritte Ansprache des Abends das Mitglied der preussischen Landesversammlung, Universitätsprofessor Dr. Emil Ueberhaube aus Halle a. d. Saale. Sämtliche Redner erzielten reichen Beifall; häufig wurden sie durch stürmische Beifallskundgebungen unterbrochen. Infolge des ungeheuren Andranges hatten Hunderte keinen Einlaß finden können. Es soll deshalb in den nächsten Tagen eine zweite Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden abgehalten werden.

Das Lebensmittelabkommen.

Berlin, 17. März. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind von den 270 000 Tonnen Lebensmitteln, die nach den in Brüssel getroffenen Vereinbarungen von der Entente sofort an Deutschland geliefert werden, 30 000 Tonnen bereits in Rotterdam angekauft und teilweise im Harlemer Delegation der Reichsleitung und Reichsleitung haben in Rotterdam die Ladung übernommen und tragen für die Weiterbeförderung nach Deutschland Sorge. Es handelt sich um 10 000 Tonnen reines Schweinefleisch und etwa 20 000 Tonnen Speck; weitere 40 000 Tonnen Lebensmittel, darunter Schweinefleisch und Milch, werden in den nächsten Tagen ebenfalls angekauft werden.

Bern, 18. März. Wie „Progres de Lyon“ in Ergänzung des Berichtes über die Brüsseler Verhandlungen erfährt, wird Deutschland eine große Menge Kohlen als Gegenleistung für die Lebensmittelversorgung der Entente zu stellen haben.

Steigerung des Marktkurses? Aus schweizerischen Bankreisen wird mitgeteilt, daß ein Erhöhung des Marktkurses unmittelbar bevorstehe. Eine Anzahl Banken soll bereits vertraulich verständigt worden sein. Die Entente werde einen Zwangsкурс einführen, der um 30 Prozent höher sein solle als der bisherige. Diese Maßnahme stehe im inneren Zusammenhang mit der Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Forderungen der französischen Eisenbahner.

Bern, 17. März. Die Pariser Blätter melden, haben die Eisenbahner von Frankreich in einer in Paris abgehaltenen Delegierten-Versammlung ihre Forderungen, deren Berücksichtigung bis zum 15. März verlangt worden war, nochmals erbetet und beschlossen, der Regierung zu ihrer Durchführung eine neue Frist bis zum 1. Mai zu stellen. Die Forderungen betreffen 1. Einführung eines neuen Lohnsystems mit einem Mindestgehalt von 2400 Fr. jährlich, 2. Veränderung des Personalstatus, 3. Einführung des 4. Stunden-Arbeitstages, 4. Nationalisierung der

Eisenbahnen durch Beschluß des Parlaments. — Gewisse Sen- surläden in den Blättern gestalten den Rückschluß, daß die Eisen- bahner mit dem Generalstreik gedroht haben, falls nicht bis zum 1. Mai ihre Forderungen angenommen werden.

Bayerischer Landtag.

München, 17. März. Der bayerische Landtag trat heute Morgen wiederum im Landtagsgebäude zusammen. Es waren außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Sitzung wurde eröffnet durch den Stellvertretenden Alters- präsidenten Lohr (Bayr. Bp.), der die Abgeordneten begrüßte und dem Abischen über die blutigen Ereignisse in der ersten Sitzung des Hauses Ausdruck gab. Das Haus hörte die Ausführungen stehend an. Zum Präsidenten wurde der Abg. Franz Schmidt (Soz.) gewählt. Darauf wurde nach kurzer Beratung das Staatsgrundgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen und der Abg. Hoffmann (Soz.) mit der Wahrnehmung des Postens des Ministerpräsidenten beauftragt.

Kleine Nachrichten.

Aus Mülheim bei Frankfurt a. M. wird berichtet, daß dort Sonntag Abend 7 französische Offiziere und 21 Mann einrückten, die zwei leichte Maschinengewehre mit sich führten. Sie besetzten das Rathaus und die Polizeiwache. Die Klänge ihres Eintreffens war, daß in Mülheim eine Anzahl Häuser besetzt hatte. Die Franzosen sahen das als eine Herausforderung und Verhöhnung an. Die Besetzung war aber wegen der Anwesenheit des Bischofs von Limburg erfolgt, der die Räumung vornahm. Nachdem die Besatzung erklärt war, zogen die Franzosen nach halbständigem Aufenthalt wieder ab.

Paris, 16. März. Der „Matin“ berichtet, daß die Versuche englischer und amerikanischer Techniker, die Explosionsgefahr der Luftschiffe zu vermeiden, zu einem Erfolge durch Anwendung von Heliumgas anstelle von Wasserstoffgas geführt haben. Bisher war Helium sehr selten. Man hat aber in Amerika neue Heliumquellen entdeckt, so daß dieses Gas nun nach dem 20000 Teil des Vorkriegspreises kostet. Das Helium völlig unverbrennbar ist, können jetzt die Motoren im Innern des Ballons eingebaut und dieser zur Erzielung großer Luftgeschwindigkeit genutzt werden. Mit diesen Luftschiffen sollte angeblich Berlin bombardiert werden, was durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes verhindert worden sei.

Wien, 17. März. Die Verhandlungen der Beden-, Metall- und Hebertagelarbeiter von Deutsch-Luzern mit der Leitung der Gewerkschaft hat zu einer Einigung geführt. Die Arbeiter haben den Streik für beendet erklärt. Heute morgen sind die Belegschaften angefahren.

Kopenhagen, 18. März. Gestern trafen hier aus englischen Kriegsgefangenenlagern 800 Nordfriesländer ein, denen ein begeisteter Empfang bereitet wurde. Ihnen zu Ehren sind verschiedene Festlichkeiten geplant. In den nächsten Tagen werden weitere 170 ankommen.

Berlin, 17. März. Die deutsche Regierung hat beschloffen, die im Jahre 1901 von Peking nach Deutschland übergeführten astronomischen Instrumente an China zurückzugeben. Die Verschiffung der Instrumente nach China ist in die Wege geleitet.

Wien, 17. März. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ aus Agram kam es dort zu großen antitalienischen Kundgebungen, an dem sich die Arbeitererschaft sowie die Studenten beteiligten. Der Tag wurde als nationaler Trauertag erklärt.

Eine Menschenführung mit Geesestut in Höhe von 10 Millionen Mark ist von der Münchener Polizei aufgebrochen worden. 26 Personen, darunter Offiziere, Bankiers und Kaufleute, wurden verhaftet und dem Staatsanwalt übergeben. Bei der Schieberhandlung es sich um Geesestut, das außerhalb Bayerns lagert und hauptsächlich in Markleenderwaren, wie Spirituosen und Lebensmitteln, besteht. Der Hauptbetrieblige ist ein in bayerischen Militärministerium tätiger Oberleutnant. Seine Mit- schreiber sind Leute von auswärts, von denen sich aber bereits ein Teil in München eingefunden hatte.

Es reißt es auch hinter die Ohren!

Die „Post“ ist über Roste entzündet. Sie schreibt: „Herr Roste weiß, wie man Rebellenvölk zu behandeln hat. Wilhelm II. wäre noch heute deutscher Kaiser, wenn er nicht Schmidt-Hollweg, sondern Roste an seiner Seite gehabt hätte.“ Dieses „Reb“ in einem Blatte, dessen Politik an der Kata-

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieleme. 45. (Nachdruck verboten.)

Arne sah ein, daß wohl noch Tage vergehen müßten, ehe das treue Tier sich entschließen würde, seinen Herrn zu verlassen. Vielleicht würde er sich sogar jeder Verührung der Leiche widersehen und neben seinem Herrn sterben.

Langsam ging er durch den Wald nach dem Türken zurück. Noch trennten ihn nur wenige hundert Schritte von dem alten Turm, als plötzlich ein Schuß fiel und eine Kugel dicht an seiner Wange vorbeischießte.

„Steh, oder ich schiße dich nieder!“ erlang eine abenteuerliche Stimme. Arne war zu erschauern, um sich nach dem Sprecher der sicher nicht allein war, umzudrehen, er sprang blitzschnell hinter einen Baum und hob, immer gekümmert bedung suchend, nach dem Dorfe zu. Wilde Flüche und Drohsungen sausten hinter ihm her, er vernahm das Gertreten der Zweige, das Dröhnen schwerer, eisiger Tritte. Atemlos kam er bei dem Turme an, sprang schnellfüßig die Leiter hinauf und zog sie mit Gedankenschnelle hinter sich her.

„Sie kommen, Gretchens — weg vom Fenster, eh' es zu spät ist.“

Margarete vertiefte rasch ihren Blick am Fenster. „Sie haben nach dir geschossen?“ fragte sie mit angstvollen Blicken. „Ja, hörte den Knall.“

„Ja, aber umsonst.“ — Er nahm ihren Platz an dem kleinen Fenster ein und lugte mit Vorsicht durch die trüben Scheiben. „Sobald ich sehe, sind es höchstens fünf oder sechs“, bemerkte er. „Also sei unbedorrt, Kind. Wir sind in unheimlicher Position; mit den paar Kerlen werden wir fertig. Das Schlimmste ist, daß unter Aufenhalt verraten ist. Sie haben mich hier herein laufen sehen.“

„Sind es vielleicht Schweden, die —“

„Nein, nein. Es sind Kroaten. Man sieht es auf den ersten Blick. Set dich nieder, Gretchens, sie werden wahrscheinlich versuchen, durch die Fenster zu schießen.“

Das war in der Tat der Fall. Sie konnten wie Wilde bis an den Turm heran, traten durch den Eingang hinein und suchten nach dem Flüchtling. Als sie den unteren Teil leer fanden, erhoben sie ein Gebrüll der Enttäuschung und schickten nach dem Ausgange zu den obersten Gelassen. Nur kamen sie

strohbe einen großen Teil Schuld mitträgt, ist sehr merkwürdig. Wer hat denn in den Sozias immer nur Objekte der Ge- legung gesehen? Das Vergessen, Roste oder einen andern Sozialis demokraten auf dem Reichsanzeigerplatz der Bundesrats- tribüne des Reichstages zu sehen, hätte die „Post“ schon haben können wenn sie und die andern Faktoren des öffentlichen Lebens damals, als es noch Zeit war die Zeichen der Zeit er- kannt hätten und so parlamentarischen Regierungssystem und der vollen Demokratie im Reich und den Bundesstaaten überge- zogen wären. Wäre die geistlich notwendige und unumgängliche Umwandlung schon vor dem Kriege erfolgt, es wäre manches anders gekommen zum Heile des ganzen deut- schen Volkes.

Aber es hat keinen Zweck, sich jetzt das auszumalen, denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Die Gegenwart der preußischen Junker und der Schwerindustrie mußte erst das blinde deutsche Volk in den Vorkriegs- jahren des Krieges hineinziehen, ehe das alte Regime von seinem Herrschaftssitz gelöst werden konnte im Sturme der Re- volution. Eben so wie die „Post“ mit der Verantwortung dafür trägt, daß dieser unheilvolle Krieg über uns hereinbrach, so tragen sie auch die Verantwortung für die inneren Wirren, unter denen jetzt das deutsche Wirtschafts- leben zusammenzubrechen droht. Wie hätte Spartakus eine so verhängnisvolle Bedeutung in unserem Volke gewinnen können, wenn nicht der Kräfte-Geist über den Wassern unseres innerpolitischen Lebens geschwebt und den Adler für Diebstahl's überdies und revolutionären Fanatismus in der Arbeitererschaft geblüht hätte? Wer das Stahlloch der Nation herbeigeführt und dann von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr vergrößert hat, ist auch verantwortlich für die sittliche Ver- rötung, die jeder Krieg mit sich bringt, und die nunmehr in den Straßen Berlins in den Schandakten der Kommunisten ihre Kräfte feiert.

Wenn die „Post“ Roste's Lob singt, so möge sie sich die in- neren Artikel aber auch unter Glas und Rahmen auf dem Re- daktionsstisch aufstellen. „Herr Roste weiß, wie man Re- bellenvolk zu behandeln hat.“ Wenn es jetzt diese keine anpe- schende Fälschung der Gegenrevolution von links taucht zu Ge- müt führt, so wird er sie wohl auch zu gebrauchen wissen im Kampfe gegen die Gegenrevolution von rechts. Wie wäre es, wenn dieser Artikel zunächst einmal allen streikfälligen Agra- rierern ins Haus flöge?

Baden.

Der Bericht der Verfassungskommission der badischen ver- fassunggebenden Nationalversammlung zu dem Entwurfe eines Gesetzes, betr. die badische Verfassung, ist jetzt in Druck erschienen. Die Berichterstatter besorgte der Abg. Dr. Behn- ter. Der Bericht hat einen Umfang von 80 Seiten und gliedert sich in zwei Hauptteile, in einen geschichtlichen Abriss über die Vorgeschichte des Verfassungsentwurfes, über den politischen Umsturz in Baden und die Vorarbeiten zu den Ge- setzentwürfen. Der zweite Teil befaßt sich mit dem Gesetz- entwurf und gibt ausführlich Auskunft über die Arbeiten der Kommission, bringt den Wortlaut der von der Kommission an- genommenen Resolutionen und ein Verzeichnis der dem Hau- ptentwurf angehängten 20 Petitionen, die von der Kommission ebenfalls behandelt wurden. Unter den acht Anlagen, die die Trudende enthält, befindet sich auch der Entwurf einer bad. Verfassung nach den Vorschlägen der Regierung, denen die Vor- schläge der Kommission gegenüber gestellt sind. Man kann daran erkennen, welche umfangreiche Arbeit die Kom- mission geleistet hat. Der von der Kommission einstimmig angenommene Antrag lautet: Die verfassunggebende Natio- nalversammlung wolle beschließen, den Entwurf eines Ge- setzes betreffend die Verfassung in der Fassung der Kom- mission anzunehmen. Mehrere Entschlüsse sollen gleich- falls angenommen, die Petitionen und Eingaben durch die zum Entwurf über das Verfassungsgesetz gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt werden.

Das erste Referendum. Die Volksabstimmung, die dem- nächst erfolgen soll, wird sich nicht allein auf das neue bad-

wieder heraus, postierten sich an den beiden Fensterseiten und schossen aus ihren Muskeln nach den Fenstern.

„Ja, schieß mir“, postete ihrer der Hauptmann. „Da kommt ihr lange warten. Es sind wirklich nur fünf“, fügte er beiseite hinzu. „D, mit Euch werden wir bald fertig.“

Bum — eine Kugel zerplittert die Scheibe eines der Fenster und streute Glasplitter flirrend umher. Die Kugel- pfiff durch das Gemach und ritz ein paar Steine aus dem oberen Mauerwerk.

Margarete schrie auf bei dem Schusse und rief Arne zu, sie würden alles zertrümmern.

„Werd' es ihnen bald verlesen“, entgegnete der junge Mann entschlossen. „Näher müssen wir Näher bedient werden.“ Hornig rieferte er schnell seine Muskete — ein Stich und Knall, ein Wutgeschrei von unten — „der hat's“, rief trium- phierend der Hauptmann. „Einen Feind haben wir weniger.“

Der Fall ihres Kameraden wurde von den Anwesenden mit einem Wut- und Rachegeschrei beantwortet.

„Gund von einem Bauer“, brüllte einer der Banditen hinauf, „d'ch schänden wir bei lebend'gem Leibe!“

„Das ist kein Bauer“, rief ein anderer.

„Nicht? Was denn?“

„Ein schwedischer Offizier — ich kenne ihn genau, da ich einige Monate als Gefangener unfreiwillig in schwedische Dienste treten mußte. Ja, 'ah ihn deutlich, wie er sich borstin umdrehte, ehe er im Turm verschwand.“

Arne vernahm und verstand das Gebräch. „Sie haben mich erkannt“, berichtete er der mit pochendem Herzen am Boden hegenden Margarete. „Das verflümmert die Sache. Sie werden nun keinesfalls von ihrem Angriffe ablassen.“

„Was hab' ich?“ Sie haben doch keinen Vorteil davon?“

„Doch — sie wissen, daß ein Offizier oft wohlhabend ist oder Geld ansammelt hat und deshalb für seine Freilassung meist hohes Lösegeld bewilligt. Die paar Kerls unten werden es freilich nicht fertig bringen, mich zu fangen, aber sie werden ge- neig nach Verführung aus. Das alte Gemauer ist doch nicht so fest, wie ich gedacht.“ „Was machen wir dann aber?“

„D, den einen Tag denke ich uns schon zu halten und wäh- rend der Nacht müssen wir zu entfliehen suchen. Die Frau ist allerdings? Robine?“

„Ja, wohin?“ murmelte Margarete nachdenklich. „In dem sie erlöste, trachten einige weitere Schüsse, die aber nur wenig Schaden in dem Gemache anrichteten. Nach

Verfassungsgesetz erstrecken, sondern auch darüber, ob die Man- date der Nat.-Versammlung bis zum Jahre 1921 verlängert werden sollen, um die Notlage auszubauen und die Landtags- arbeiten in der kommenden Zeit zu erledigen.

* Karlsruhe, 16. März. Bei den Fliegerübungen auf unsere Stadt vom 4. September 1917 bis zum 30. Juli 1918 sind insge- samt 8 Personen getötet und 4 verletzt worden. Der Gesamtzu- schaden an Häusern und Bahnhöfen betrug etwa 260 000 M. Am 20. Juli 1918 hatte ein Luftkampf zwischen einem deutschen und einem feindlichen Flugzeuge über Nonnenweier stattgefunden. Das feindliche Flugzeug wurde abgeschossen, die Insassen saßen dabei den Tod und ihre Maschine zerstückelt am Boden.

* Volkstischhäuser bei Ergen, 16. März. Hier wurden einem Händler einige hundert Liter Schnaps, den er zusammenkaufte, abgenommen und auf das Rathaus verbracht. Nun hat sich aber dort der Inhalt zu Wasser verwandelt; wer den Zauber vollbracht, weiß hier kein Mensch.

* Emmendingen, 16. März. Ein 15jähriger Brauerlehrling aus Königsbachhausen bei der Gasanstalt stößt. Als er sich dabei erappt sah, erschloß er sich mit einer Browningpistole.

* Konstanz, 16. März. Die Polizei hat zwei Schleichhändler festgenommen, bei denen ganz beträchtliche Lebensmittelmengen beschlagnahmt wurden. — Im Bahnhof Singen a. S. wurde ein heimlich geschlachtetes Schwein beschlagnahmt.

* Bruch, 16. März. Zwischen den Gefährten Grohmann und dem 20jährigen Konditor Burgas aus Basel war in der Nacht zum Freitag angefaßt wegen Unstimmigkeiten über ein Schmutz- geldgeschäft ein Streit entstanden, der zu Tätlichkeiten überging. Einer der beiden Grohmann zog dabei einen Revolver, nachdem er am Kopfe verwundet worden war und schloß nach dem Burgas, der in die Lunge getroffen wurde. An der Verletzung ist Burgas sofort gestorben. Der Täter wurde verhaftet.

Eine Demonstration der badischen Arbeitererschaft

* Karlsruhe, 15. März. Zu einer Massen demonstration hatte zu heute nachmittag das Gewerkschaftsamt und die Partei die Arbeitererschaft unserer Stadt auf dem Rathausplatz zusammenge- rufen, um gegen Wucher und Schleichhandel, gegen die Lebens- mittel- und Wohnungsnot, gegen Plödade und Zurückhaltung un- serer gefangenen Brüder und Väter zu protestieren. Alle Be- richte walteten geschloffen und die Arbeitererschaft war in Massen erschienen. Der Referent, Gen. Schulenburg (Karlruhe) legte in einer zündenden Rede zunächst dar, daß es nur schände Selbst- sucht war, die uns in den Krieg und in das jetzige Elend geführt hat. Unsere Volksgewalt hat nach der Revolution die Liqui- dation eines völlig verachteten Unternehmens übernommen. Wir fordern von der Regierung, daß sie mit aller Energie das durchführt, was nötig ist, um den verfahrenen Karren wieder aus dem Dreck zu bringen. Der Redner protestierte dann gegen Wucher und Schleichhandel, dessen strengste Bestrafung er forderte, sowie gegen den uns von den Feinden aufgedrängten Gewaltfrie- den, gegen die Plödade und die Zurückhaltung der Gefangenen. Die Revolution sollte den Feinden beweisen haben, daß der Mit- teltstand verschwinden ist und daß das Volk regiert, welches jetzt vor der ganzen zivilisierten Menschheit gegen die beschlossene Ver- flüchtung durch unsere Feinde protestiert. Nachdem der Redner noch auf die Wohnungsnot hingewiesen hatte, wobei er forderte, daß der Staat den Genossenschaften und Gemeinden schnellstens Mit- tel zur Verfügung stelle, damit diesem schrecklichen Elend gesteuert werden könne, rednete er noch mit dem realen Bürgerturn ab. Die Speisbürger hoffen und wünschen, daß die Revolution nicht an den Herrn des Heins und an den Herrn des Meeres Halt machen möge. Darin sind wir mit ihnen einig, daß wir auch eine Weltrevolution wünschen. Aber die Gedanken sind verschiedene: jeue wollen eine Weltrevolution, damit die Länder in das näm- liche Unglück geraten, in dem sich nun befinden, woraus sie Nutzen schlagen könnten. Wir aber wollen eine Weltrevolution, damit alle Länder, die bisher unterdrückt waren, so frei werden, wie wir es sind, damit endlich die Grenzschleife verschwinden und damit das Wort unserer großen Denker Marx zur Wahrheit werde: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

Als zweiter Redner sprach der Parteivorstand Hien, der hauptsächlich gegen den Kommunalverband Klage führte. Seine Anklagen richteten sich nicht gegen den Bürgermeier, sondern gegen den Kommunal-Ausschuß, in dem mehr Händler als Kom- munalen seien. Er ermahnte alle Arbeiter, die in den Gemeinbe- wohnen auf dem Posten zu sein und dafür zu sorgen, daß die Vetterwirtschaft aufhöret und die richtigen Männer auf dem Rathaus einziehen. — Schließlich wurde eine an die Regierung gerichtete Resolution angenommen, in welcher gegen alle

einiger Zeit erkannten die Belagerer das zweifelhafte Verhalten. Nach kurzer Erwägung pflanzten sich zwei von ihnen mit ge- ladenen Gewehren am Eingange des Turmes auf, wo sie von oben nicht getroffen werden konnten, da auf dieser Seite kein Fenster lag, die beiden anderen verschwand im Walde.

„Ich möchte wissen, was für einen Schurkenstück die Ga- lunkten ausgebrütet haben“, rief der junge Hauptmann betrol- len. „Sie sind plötzlich wie vom Erdboden weggepö.“

„Wieviele wollen sie uns an unserer Weste herauslocken?“

„Nein, nein, sie wissen, daß wir nicht so bald kommen wür- den. Wahrscheinlich holen sie Verstärkung herbei. Aber ich be- greife nicht, es sind nur zwei fechtgegangen — wo sind die an- deren hin? Sicherlich halten sie Wache vor der Tür.“

Er lautete mit dem Ohr am Boden.

„Da unten sind sie“, bestätigte er seine Mutmaßung.

„Wenn ich allein wäre, würde ich mich jetzt durchschlagen. Das Schlimmste ist, daß ich hier keine Möglichkeit habe, auf sie Feuer zu geben, sonst möchte ich bald mit ihnen ein Ende.“

Eine halbe Stunde verging ohne jeden weiteren Angriff. Nach dieser Zeit sah der mit Luvsäugen umherforschende Hauptmann die beiden Verschundenen aus dem Walde zurück- schrecken. Jetzt verstand er den Zweck ihrer Entferrnung: sie hatten aus Wachen und Armeen eine plumbe Sturmleiter an- gefertigt, mittels deren sie sich den Eingang durch die Fall- tür zu erzwingen gedachten.

„Jetzt wird's ernsthaft“, sprach Arne finster. „Nun, unsere Flinten und Pistolen sind alle geladen. Säbel und Dolch liegen in Bereitschaft. Hilf mir die Falltür verrammeln, Gretchens, dann ziehe dich in die Ecke hinter den Dien zurück.“

Wiel war allerdings nicht zur Verhinderung der Tür vor- handen. Sobald sie den Tisch, die zwei Schmel und den vor- handenen Holzposten darauf gewälzt hatten, waren sie fertig. Margarete schlug vor, sie mit Äxeln zu besetzen. Arne jedoch erwiderte kopfschüttelnd, das würde gar keinen Zweck haben.

„Ja, wenn wir Sand oder fochendes Wasser hätten“, sagte er, „da würden wir ihnen einen Empfang bereiten, an dem sie penna haben sollten. Der Sand würde sie für den Augenblick blinden, und inzwischen —“

Er schwieg, denn ein Triumpfschrei unten in Verbindung mit einigen Schößen gegen den Boden des Gemachs verknüdete, daß die Leiter angelegt worden sei und man sie zweckmäßig hin- fenden habe. Im nächsten Augenblicke erdröhnten die Schüsse, einer Art gegen die nicht einmal allzu starke hölzerne Ver- stückung.

(Fortf. folgt.)

Nr. 65.

Dienstag, den 18. März 1919.

Seite 2.

Einige Nachrichten.

Aus Mülheim bei Frankfurt a. M. wird berichtet, daß dort Sonntag Abend 7 französische Offiziere und 21 Mann einrückten, die zwei leichte Maschinengewehre mit sich führten. Sie besetzten das Rathaus und die Polizeiwache. Die Klänge ihres Eintreffens war, daß in Mülheim eine Anzahl Häuser besetzt hatte. Die Franzosen sahen das als eine Herausforderung und Verhöhnung an. Die Besetzung war aber wegen der Anwesenheit des Bischofs von Limburg erfolgt, der die Räumung vornahm. Nachdem die Besatzung erklärt war, zogen die Franzosen nach halbständigem Aufenthalt wieder ab.

Paris, 16. März. Der „Matin“ berichtet, daß die Versuche englischer und amerikanischer Techniker, die Explosionsgefahr der Luftschiffe zu vermeiden, zu einem Erfolge durch Anwendung von Heliumgas anstelle von Wasserstoffgas geführt haben. Bisher war Helium sehr selten. Man hat aber in Amerika neue Heliumquellen entdeckt, so daß dieses Gas nun nach dem 20000 Teil des Vorkriegspreises kostet. Das Helium völlig unverbrennbar ist, können jetzt die Motoren im Innern des Ballons eingebaut und dieser zur Erzielung großer Luftgeschwindigkeit genutzt werden. Mit diesen Luftschiffen sollte angeblich Berlin bombardiert werden, was durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes verhindert worden sei.

Wien, 17. März. Die Verhandlungen der Beden-, Metall- und Hebertagelarbeiter von Deutsch-Luzern mit der Leitung der Gewerkschaft hat zu einer Einigung geführt. Die Arbeiter haben den Streik für beendet erklärt. Heute morgen sind die Belegschaften angefahren.

Kopenhagen, 18. März. Gestern trafen hier aus englischen Kriegsgefangenenlagern 800 Nordfriesländer ein, denen ein begeisteter Empfang bereitet wurde. Ihnen zu Ehren sind verschiedene Festlichkeiten geplant. In den nächsten Tagen werden weitere 170 ankommen.

Berlin, 17. März. Die deutsche Regierung hat beschloffen, die im Jahre 1901 von Peking nach Deutschland übergeführten astronomischen Instrumente an China zurückzugeben. Die Verschiffung der Instrumente nach China ist in die Wege geleitet.

Wien, 17. März. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ aus Agram kam es dort zu großen antitalienischen Kundgebungen, an dem sich die Arbeitererschaft sowie die Studenten beteiligten. Der Tag wurde als nationaler Trauertag erklärt.

Eine Menschenführung mit Geesestut in Höhe von 10 Millionen Mark ist von der Münchener Polizei aufgebrochen worden. 26 Personen, darunter Offiziere, Bankiers und Kaufleute, wurden verhaftet und dem Staatsanwalt übergeben. Bei der Schieberhandlung es sich um Geesestut, das außerhalb Bayerns lagert und hauptsächlich in Markleenderwaren, wie Spirituosen und Lebensmitteln, besteht. Der Hauptbetrieblige ist ein in bayerischen Militärministerium tätiger Oberleutnant. Seine Mit- schreiber sind Leute von auswärts, von denen sich aber bereits ein Teil in München eingefunden hatte.

Es reißt es auch hinter die Ohren!

Die „Post“ ist über Roste entzündet. Sie schreibt: „Herr Roste weiß, wie man Rebellenvölk zu behandeln hat. Wilhelm II. wäre noch heute deutscher Kaiser, wenn er nicht Schmidt-Hollweg, sondern Roste an seiner Seite gehabt hätte.“ Dieses „Reb“ in einem Blatte, dessen Politik an der Kata-

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieleme. 45. (Nachdruck verboten.)

Arne sah ein, daß wohl noch Tage vergehen müßten, ehe das treue Tier sich entschließen würde, seinen Herrn zu ver- lassen. Vielleicht würde er sich sogar jeder Verührung der Leiche widersehen und neben seinem Herrn sterben.

Langsam ging er durch den Wald nach dem Türken zurück. Noch trennten ihn nur wenige hundert Schritte von dem alten Turm, als plötzlich ein Schuß fiel und eine Kugel dicht an seiner Wange vorbeischießte.

„Steh, oder ich schiße dich nieder!“ erlang eine abenteuerliche Stimme. Arne war zu erschauern, um sich nach dem Sprecher der sicher nicht allein war, umzudrehen, er sprang blitzschnell hinter einen Baum und hob, immer gekümmert bedung suchend, nach dem Dorfe zu. Wilde Flüche und Drohsungen sausten hinter ihm her, er vernahm das Gertreten der Zweige, das Dröhnen schwerer, eisiger Tritte. Atemlos kam er bei dem Turme an, sprang schnellfüßig die Leiter hinauf und zog sie mit Gedankenschnelle hinter sich her.

„Sie kommen, Gretchens — weg vom Fenster, eh' es zu spät ist.“

Margarete vertiefte rasch ihren Blick am Fenster. „Sie haben nach dir geschossen?“ fragte sie mit angstvollen Blicken. „Ja, hörte den Knall.“

„Ja, aber umsonst.“ — Er nahm ihren Platz an dem kleinen Fenster ein und lugte mit Vorsicht durch die trüben Scheiben. „Sobald ich sehe, sind es höchstens fünf oder sechs“, bemerkte er. „Also sei unbedorrt, Kind. Wir sind in unheimlicher Position; mit den paar Kerlen werden wir fertig. Das Schlimmste ist, daß unter Aufenhalt verraten ist. Sie haben mich hier herein laufen sehen.“

„Sind es vielleicht Schweden, die —“

„Nein, nein. Es sind Kroaten. Man sieht es auf den ersten Blick. Set dich nieder, Gretchens, sie werden wahrschein- lich versuchen, durch die Fenster zu schießen.“

Das war in der Tat der Fall. Sie konnten wie Wilde bis an den Turm heran, traten durch den Eingang hinein und suchten nach dem Flüchtling. Als sie den unteren Teil leer fanden, erhoben sie ein Gebrüll der Enttäuschung und schickten nach dem Ausgange zu den obersten Gelassen. Nur kamen sie

wieder heraus, postierten sich an den beiden Fensterseiten und schossen aus ihren Muskeln nach den Fenstern.

„Ja, schieß mir“, postete ihrer der Hauptmann. „Da kommt ihr lange warten. Es sind wirklich nur fünf“, fügte er beiseite hinzu. „D, mit Euch werden wir bald fertig.“

Bum — eine Kugel zerplittert die Scheibe eines der Fenster und streute Glasplitter flirrend umher. Die Kugel- pfiff durch das Gemach und ritz ein paar Steine aus dem oberen Mauerwerk.

Margarete schrie auf bei dem Schusse und rief Arne zu, sie würden alles zertrümmern.

„Werd' es ihnen bald verlesen“, entgegnete der junge Mann entschlossen. „Näher müssen wir Näher bedient werden.“ Hornig rieferte er schnell seine Muskete — ein Stich und Knall, ein Wutgeschrei von unten — „der hat's“, rief trium- phierend der Hauptmann. „Einen Feind haben wir weniger.“

Der Fall ihres Kameraden wurde von den Anwesenden mit einem Wut- und Rachegeschrei beantwortet.

„Gund von einem Bauer“, brüllte einer der Banditen hinauf, „d'ch schänden wir bei lebend'gem Leibe!“

„Das ist kein Bauer“, rief ein anderer.

die Mon- derlangert Handlaja- auf unsere sind in-ge- Geamtja- ML. Am uschen und- tigenfunden- fien fanden- rden einem- nmenlaufe, at sich aber- vollbracht,

den besprochenen Mifstände protestiert wird und die Forderungen der Arbeiter genannt werden. Nach einem kurzen Umriss durch die Stadt endigte die ein- drucksvolle Demonstration, die ohne irgendwelchen Zwischenfall verlaufen war. Frage Angst vor der Demonstration scheint der Major Specht von Festkommando gehabt zu haben. Als nämlich die Veran- staltung der Demonstration bekannt wurde, gab Herr Specht sei- nen Untergebenen — Militärpersonen und Zivilangehörigen — folgende weise Ermahnung: „Vorziehen kann ich Ihnen den Ver- such die'r Versammlung nicht; ich wünsche aber, daß sie von Ihnen nicht besucht wird, denn man weiß ja, was alles dabei vorkommen kann.“ Inzwischen wird der Herr vielleicht erfahren haben, daß gar nichts vorgekommen, sondern die Demon- stration ohne den geringsten Zwischenfall ruhig verliefen ist. Daß dem Herrn die Rede des Referenten, Gen. Schulenburg, nicht be- sonders gefallen hat, glauben wir ihm ja gerne, denn der Ge- wisse rednete gerade mit dieser Sorte von Reaktionen gründlich- ch. Es scheint halt, daß am 9. November in manchen Fällen etwas gründlicher hätte gearbeitet werden dürfen.

Soziale Rundschau.

Grünwettersbach, 15. März. Hier fand eine zahlreich be- teiligte Versammlung über die Gründung einer gemeinnützi- gen Baugenossenschaft statt, die von Büroarbeiter Köpfer geleitet wurde. Der stellv. Geschäftsführer des Landeswohnungsvereins Dr. Jaffar hielt den Vortrag. Nach einer Ausrede, an der sich hauptsächlich Partier Willens be- teiligte, der in warmen Worten dafür eintrat, den heimgekehrten abgesehenen Kriegern würdige Wohnungen zu beschaffen, wurde eine Kommission gewählt, die die Gründung der Baugenossen- schaft vorbereiten soll.

Rußheim, 16. März. Hier fand im vollbesetzten Rathhaus- saal eine vorbereitende Versammlung zur Gründung einer gemeinnütziigen Baugenossenschaft statt. Ein Redner des Landeswohnungsvereins schilderte, wie es zur Wohnungsnot in Stadt und Land gekommen sei, und welche Maßnahmen dagegen zu ergreifen seien. Nach lebhafter Aus- sprache, bei der Bürgermeister Ester die nötige Mittelhilfe der Ge- meinde zusagte, wurde eine Gründungskommission gebildet.

Baden-Baden, 18. März. Eine am Sonntag abehaltene Ver- sammlung der Freien Gewerkschaften befaßte sich mit den Forderungen der Gemeindefreier und der Einführung des Achtstundentages in den hiesigen Betrieben. In einer Entschließung sprach sich die Versammlung dahin aus, daß, wenn die Forderungen nicht bis zum Donnerstag den 20. März dem Stadtrat genehmigt sind, die freie organisierte Ar- beiterchaft mit Gewalt die Durchführung ihrer Forderungen erzwingen werden.

Weingarten, 10. März. Am Sonntag, 9. März, fand im Gasthaus zum „Nische“ eine ungewöhnlich stark besetzte Ver- sammlung des Lebensbedürfnisvereins statt, in der Herr Ziegler-Durlach über Entstehung und Entwicklung der Konsumvereine sowie über deren Zukunftsaussichten sprach. Der Redner erzielte für den vorgeschlagenen Vortrag reich- lichen Beifall. Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung „Ge- meinnützige Ausprache“ wurden von verschiedenen Seiten scharfe Angriffe gegen die Geschäftsführung des Herrn Karl Häder in Bezug auf die Verteilung der Kommunalverbands- wahlen erhoben. Aus der Mitte der Versammlung wurde folgende Resolution eingebracht:

„Die heute am 9. März im Saale der Wirtschaft zum „Nische“ in Weinparten tagende Versammlung des Lebensbedürfnisver- eins protestiert ausdrücklich gegen die eigenmächtige Art der Ver- teilung der Kommunalverbandswaren durch Herrn Hädermeister Karl Häder hier. Die Versammlung fordert die maßgebenden Behörden auf, hier unbedingt Abhilfe zu schaffen dadurch, daß Häder von seinem Posten entfernt und in Zukunft die Warenver- teilung von einem von den Konsumenten bestimmten Vertreter, einem solchen aus den Reihen der Kaufleute und einem von der Gemeindeverwaltung ernannten Vertreter vorgenommen wird.“

Offenburg, 12. März. Ortskrankenkasse. Wie allge- mein bekannt ist, war im Ortskrankenkassengesetz die Bestimmung, daß die Vorsitzenden nur mit Zustimmung der Arbeiter- und Arbeitgebervertreter in getrennter Wahlhandlung gewählt werden konnten. Die Bestimmung war offensichtlich gegen die sozial- demokratische Partei gerichtet. Auch hier in Offenburg kam leinertzt eine Wahl des Vorsitzenden nicht zustande, und wurde Herr Oberrevisor Weismann vom Bezirksamt ernannt. Ausnahmsweise kam dabei

das Zentrum zum Vorschein, welches im Vorstand die Mehrheit der Arbeitnehmer hatte. Durch eine neue Verordnung ist nun obige Ausnahmsbestimmung aufgehoben worden und werden die Vor- sitzenden wieder durch einfache Stimmenmehrheit gewählt. In der letzten Kreisversammlung wurde dieser neuen Ver- einbarung Rechnung getragen und das Arbeitermitglied Wehmer zum 2. Vorsitzenden, Arbeiter Schöckemeyer Müller zum 1. Vorsitzenden und Gen. Wächter zum Schriftführer ge- wählt. Bei dieser Gelegenheit wurde öffentlich anerkannt, daß Herr Weismann sein Amt während der fünf Jahre unschuldig, sachver- ständlich und streng unparteiisch zur Zufriedenheit aller geführt hat, es wurde demselben der Dank des Ortskrankenkassenvereins einstimmig ausgesprochen. — Weiter wurde Herr Oberrevisor Weismann der Dank ausgesprochen und es dürfte dies auch hier in aller Öffentlichkeit am Platze sein für seine so reichliche Spende für die Arbeiterfamilien der Ortskrankenkassenmitglieder. — Herr Weismann hat seine Vergütung als Vorsitzender der Kasse im Betrage von jährlich 600 M während der ganzen Kriegsdauer für obige Unterstützungsarbeiten gesendet und in unparteiischer Art verteilt lassen, um die Bedürftigsten zu unterstützen. Wir glauben im Namen aller Empfänger zu handeln, wenn wir hier für diese reiche Spende öffentlichen Dank aussprechen.

Mannheim, 16. März. Die allgemeine Ortskrankenkassen- Mannheimer hielt eine ordentliche Ausschusssitzung ab. Wie dort mitgeteilt wurde, wird das Rechnungsjahr 1919 mit einem Überschusse von rund 1 Million Mark abschließen, hauptsächlich infolge der großen durch die Grippe-Epidemie verursachten Ausgaben. Die wesentliche Ausgabe von Krankengeld betrug sich von 40 000 M. in normalen Zeiten auf 120 000 M. Der Überschuss besteht aus der Vergrößerung des Krankengeldes von 60 auf 50 Hundertel des Grundlohnes und die Erhöhung der Krankenbeiträge von 5 1/2 auf 6 Prozent.

Die Beschäftigung der Kriegsbefähigten. In einem hiesigen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt: Alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen sind verpflichtet, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter einen Schwerbeschäftigten zu beschäftigen. Bei der Feststellung der Zahl der zu Beschäftigenden sind mehrere Betriebe, Büros und Verwaltungen desselben Arbeitgebers zusammenzu- fassen. Für die landwirtschaftlichen Betriebe gilt daselbe mit der Maßgabe, daß die Verpflichtung zur Beschäftigung eines Schwer- beschäftigten auf je 50 Ventner, Argeleiteten und Arbeiter hin- ausgeht. Unbeschulte Arbeitsplätze für Schwerbeschäftigte sind in Baden jeweils unverzüglich dem Landesarbeitsnachweis für Kriegsbefähigte in Karlsruhe, Birmenstorfstraße 100, zu melden. Diese Stelle vermittelt auch Schwerbeschäftigte für geeignete Stellen, die über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus zur Verfügung stehen. Schwerbeschäftigte dürfen nur nach Anordnung der zustän- digen Arbeitnehmerverbände und nur unter Innehaltung einer 14-tägigen Kündigungsfrist entlassen werden, sofern sie nicht nach Beschluß oder Vertrag eine längere Kündigungsfrist beanspruchen können. Die Kündigung (nicht etwa erst der Austritt) ist dem Landesarbeitsnachweis für Kriegsbefähigte in Karlsruhe un- verzüglich anzuzeigen. Vor dem 15. März sind Entlassungen über- haupt nicht zulässig.

Der „Proletarier“ stellt vorläufig fest: Ersehen ein. Wegen der mitleidigen Stillschließung und der dadurch erfolgten Stilllegung des Fabrikbetriebes, der die Papierlieferung des Verbundorgans der Fabrikarbeiter, der in Hannover erdicht, ausgeblieben, so daß der Vorstand sich genötigt sieht, den Mitgliedern die vorläufige Einstellung des Ercheinens des „Proletarier“ mitzuteilen.

Die Delegiertenversammlung der Deutschen Chorleiter findet am 19. März und folgende Tage dieses Jahres in Braunshweig statt. Der Delegiertentag wird sich mit außerordentlich wichtigen Tagesordnungen zu befassen haben, die hauptsächlich in den weite- ren Ausbau dieser Gewerkschaft liegen. Der Chorleiter- und Kollektivverband hat heute neunzehn Vertreter in den dop- pelten Mitgliederbestand aufzuweisen.

Im Kampf um den Achtstundentag.

r. Cenneth, 15. März. Im den Verfügungen der Regie- rung betr. Einführung der verkürzten Arbeitszeit in den gewer- blichen Betrieben wird durch den Reichsausschuss für die Verwirklichung des Achtstundentages in den hiesigen Betrieben ersehen lassen. Für den hiesigen Ort wurde unser Genosse K. u. f. Mitglied des Reichs- auschusses ausgeschieden, beauftragt, in der Sache in den Betrieben vorzulegen zu werden. Nach Rücksprache mit den Herren Fabrikanten und Betriebsinhabern wurde die Sache auch glatt erledigt. Nur ein Betrieb, der größte am Ort, das Sägewerk, arbeitet jetzt noch trotz aller bestmöglichen Verfügungen und Ersuche 10 Stunden. Mit allen Mitteln und einer bewundernswerten Pässigkeit kämpft der Herr Direktor des Sägewerks gegen die verkürzte Arbeitszeit und die erlangten Verfügungen an. Vorleben Samstag ließ er seine Arbeiter abhauen, ob sie 10 oder 8 Stunden arbeiten wollen. Hiermit wurde öffentlich abgelehnt, ob die Jugendlichen (unter 18 Jahren) mitbringen dürfen. Das Resultat fiel so aus,

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landes-Theater im Stadt. Konzerthaus.

Zum erstenmale: „Salome“. Von Richard Strauss. Die Vertreter Richard Wagner weisen, wenn sie sonst nichts mehr zu sagen wissen, mit herausfordernder Gedächtnis auf seine „Rachfolger“ hin, mit den Worten: „In ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!“ Man kann auch Richard Strauss als Rachfolger Wagners bezeichnen, wenn man kann dieses, aber hiermit dokumen- tiert man gleichzeitig sein festes Mißverständnis des Wagner- thers; dann erkennt man den Grundzug seines ganzen gewaltigen Werkes nicht: die Religiosität. An der Willingschwelger der Kunst, an der Religion, gehen die Nachfolger Wagners — die einzige Ausnahme: Weingartners „Genesius“ — adules vorüber, ignorieren sie einfach, um es gelinde zu sagen; nämlich, die rich- tigen Erkenntnisse ganz Großen! Unter diesem Gesichtspunkt ver- steht sich die von den Kunstgenossen sehr hochgepriesene Stoffwahl Wagners von selbst, doch nicht nur seine, auch die — des Herrn Richard Strauss. — Es, man glaube doch nicht, die Stimmung einer orientalischen Mondnacht allein habe den Konseker zu sei- nem Werke veranlaßt — sicherlich spielt dies Moment eine be- deutende Rolle; — und die Elektra? Das kann man nicht verglei- chen? Ganz recht, eine Senta kann man auch nicht mit einer „Lindbergh“ vergleichen, aber die Frauengestalten eines „Kün- stlers“, insbesondere eines Dramatikers, sind das beste Bild seiner Seele, durch die nur einmal trotz allem Mauerwerk vorhandene, erstliche Kriechfeder bei der Gestaltung eines jeglichen Kunstwerkes. Ja, man kann sogar noch weitergehen und sagen, die Frauengestalten der Kunst geben nicht nur das Innere des Künstlers, auch das Innere der Zeit ihrer Entstehung. Vor hundert Jahren schreibt eine Apollonie über die Bühne, heute — eine Lulu. Ganz prächt- lich paßt da die „Salome“, Schlagworte wie „Salabenz“, die sich an ihre Kerzen hefteten, klingen heute zwar schon recht abgedro- chnen, sie sind so in den Alltagsgebrauch übergegangen, d. h. man stellt sich nichts mehr darunter vor. Aus begründeten Gründen, „Salabenz“ galt zwar anfangs nur von der Musik. Richtig, wir haben ja hier mit einem Musiker zu tun, Wertwändig, wie leicht man das doch vergißt! — Nun, was die Musik anbelangt, manch- mal klingt sie, beinahe verächtlich, an die „Ariadne“ an, dann wie- der steigt sie, wie vom Kino projiziert, für einen Augenblick — Wal- hall auf. Neben dem recht einträglichen Drotorienteingang des Josa- naan und dem letzten großen Gejang Salomes, dem wertvoll- sten Teile der Partitur, bildet Salomes Tanz einen Höhepunkt,

rein dramatisch den Höhepunkt. Orientalisch, ja wohl, man kann so bezeichnen bis auf die — Wagerstoffe, unorientalischere Tanz- musik ist nicht zu denken; aber für ein Berliner Kabarett macht sie ausnehmend. Strauss arbeitet mit der Fäße so viel, das macht sich allerdings recht fein, blühe er sich nur nicht so einseitig kon- sequent, dann wären manche Schönheiten noch mehr zur Geltung, und — es blühe einem viel Nabau erparat.

Für die Schönheiten hat nun Herr Corta Lejis das aller- beste Verständnis. Die letzte er auch nicht, gebührt ihm doch ein Ehrenanteil an den Mängeln der ersten des Werkes. Und trotz allem, die paar Waden bis zum Umhang hätte er noch warten müs- sen, nachdem Karlruhe oberhalb der Degenen repariert hat. In die Hingerrüste, genannt Konzerthausbühne, paßt das Ding doch gar zu schlecht. Nichtsdestoweniger, das Mißverständnis war nicht über! Nur die einzige gottverlassene Hypothese hörte.

Was wir an Sophie Palm-Cordes besitzen, haben wir hier wieder deutlich gesehen. Gottlob, daß sie uns noch nicht ver- lassen hat! Sie singt nicht nur, sie spielt nicht nur, sie lebt ihre Rolle. Wer führt die ungeheure Partie, die darstellerisch wie gelanglich fast Unmögliches fordert, mit dieser Vollendung durch? Sieht vor dem Tanz kennt sie kein halt. Das waren keine Szenen einer lustigen Kollektive, das war Leidenschaft, Seele, Kunst, rei- nes Aufgehen in einer andern Welt. Ihr gegenüber mußten die andern Gestalten kleiner erscheinen. Der Hofmann Renno Ziegler's, gelanglich hervorragend, zeigte doch in der Partitur, daß er wenig Innereleben. Das muß ein anderes „Gurid“, sein, vor dem diese Salome zurücktreten. Mit einer kleinen Verwundung des Kopfes ist da viel zu machen. Josef Schöffel wird der Rolle des Dirigenten ganz gerecht werden, wenn er etwas weniger auf den Tritten nicht sieht; stimmlich bewies er, daß er auch solchen Rollen gewachsen ist. Käthe Singer (Herodias), leider stark in- disponiert, und Helmut Reugebauer (Korobolch) führten ihre Rollen nach bestem Können durch. Die Partitur waren zu sehr farrisiert, Karl Sedel, ein jüdischer Name; das kann auch anders gemacht werden, ohne daß der von Max Wittner ein- bruchsvoll gestaltete Korobolch an Wirkung verliert. Bewundernswert war, wie die Partitur sich in die Gedrängtheit des Raumes zu finden mußten, Sophie Palm-Cordes muß an dieser Stelle noch besonders in Bezug auf ihren Tanz in Erwähnung gebracht werden. — Einige Kleinigkeiten, wie der allzu dünne Arm des Herodias, der den Kopf des Propheten über den Brunnenrand herausstößt — ein leeres Mittel, um die Bühne leer zu kriegen — lassen sich noch heiligen, und sie konnten auch das Gesamtbild nicht beeinträchtigen. Der große Fleiß der Einstudierung — Peter

daß sie von der Abstimmung ausgeschlossen waren. Dank erfolgte Abstimmung für oder gegen den Achtstundentag. 53 Zettel wurden für 8 Stunden abgegeben und 45 Zettel für 10 Stunden. Mit diesem Resultat war der Herr Direktor höchst unzufrieden, er er- klärte, daß er die Verantwortung für die Folgen obliegen. Diese Folgen bestehen darin, daß von den circa 170 Arbeitern entlassen werden sollen. Auch will die Betriebslei- tung die Entlassung nicht selbst vornehmen, sondern der Arbeiter- auskauf soll die zu entlassenden Arbeiter feststellen. Es besteht aber auch eine behördliche Verfügung, wer zuerst zu entlassen ist; ob dies Herrn W. bekannt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Herr Direktor regt sich über solche Dinge auch gar nicht weiter auf, er ist ja der Meinung, daß die Franzosen in Wäde unier Städten doch beiseite werden und dann müßten die Leute doch wieder 10 Stunden arbeiten. Ob dieser fromme Wunsch des Herrn Direktor in Erfüllung gehen wird, wollen wir dahin gestellt sein lassen; ob der „Vaterlandsliebe“ solcher Leute kann man sich allerdings Gedanken machen. Unsere wirtschaftliche Lage ist nun einmal so, daß die Einführung der verkürzten Arbeitszeit eine Notwendigkeit ist und da kommt man nicht drüber weg. Wozu also die Abstimmerei bei den Arbeitern, ob sie 10 oder 8 Stunden arbeiten wollen? Die anderen Betriebe müssen sich doch auch fügen; warum kann es der Herr W. nicht auch fertig bringen?

Kommunalpolitik.

Spott und Hohn statt Bezugskasse. Aus Büblersfeld schreibt man uns: Unsere Gemeindeverwaltung glaubt wohl, ob- gleich die Fastnachtzeit vorüber ist, dennoch mit der Bevölkerung noch einen Fastnachtsstreich treiben zu können. Vor einigen Tagen kamen Unterkleider, Unterköpen, Soden usw. hierher, um ver- teilt zu werden. Die Hausfrauen freuten sich schon, nun wieder einmal die abgerissenen Wädebestände ein klein wenig aufzufrischen zu können. Sie erlebten aber eine Enttäuschung. Am Freitag morgen kam die Bekannmachung heraus; gleichzeitig gaben aber auch schon die Kaufleute die Sachen ab, und zwar nach bekanntem Muster so, daß die „guten Freunde“, Bekannten und Verwandten um 5 und mehr Stück erhielten und die große Mehrheit dafür nichts. Am Samstag gingen dann die Hausfrauen auf Rathhaus, um sich die Bezugskasse zu holen. Statt der Seime wartete ihnen der junge Gemeindefreier mit Spott und Schimpfworten auf, es entstand ein Tumult und es soll sogar zu Tätlichkeiten gekommen sein. Das Verhalten des jungen Schreibers ist ein Schandtal. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Erre- gung in den Reihen der Bevölkerung immer mehr zunimmt und sich oft in einer Art Luft macht, die abliegt vom Boden der Ge- rechtigkeit. Wegen diese jungen Leute gehört unbedingt einge- schritten, die Frauen wollten nur ihre Recht und haben es nicht nötig, halt dessen sich beschimpfen und gar mißhandeln zu lassen.

Freiburg, 17. März. Einem Wunsch des Bürgerausschusses Rechnung tragend, hat der Stadtrat eine Änderung der Luftver- kehrssteuerordnung dahingehend vorgenommen, daß künftig die Steuer sich auch auf Privatluftfahrzeuge errecken soll, d. h. auf solche Luftfahrzeuge, bei denen die Teilnahme auf bestimmte, vom Veranstalter besonders eingeladene Personen beschränkt ist, wenn dazu irgend ein Zutrittsgeld erhoben wird. Ferner ist vom Stadt- rat eine Erhöhung der Mindersteuer vorgezogen.

Die Oberbürgermeisterfrage in Konstanz. Zu der Oberbür- germeisterfrage berichtet die „Konstanzer Zeitung“, daß der Kom- promißantrag, eine 3. Bürgermeisterstelle zu schaffen, damit jede der drei Parteien einen Bürgermeisterposten besetzen kann, vom Zentrum und der Sozialdemokraten abgelehnt worden ist. Auch die Demokratische Partei habe dagegen große Bedenken.

Überach, 17. März. Zum Bau von Kleinwohnungen hat der Gemeinderat beschlossen, einen Kredit von 200 000 M. beim Bürger- auschuß anzufordern. — Die bisherige Umlage von 40 % für Vorrat und 50 % für Sletten soll auf 44 % festgelegt werden.

Der Mannheimer Voranschlag. Die Gesamtausgaben der städtischen Kassen betragen nach dem städtischen Voranschlag für 1919 61 241 508 M., gegen 22 858 223 M. im Jahre 1914 und 43 828 331 M. im Jahre 1918. Für die Erwerbslosenfürsorge sind 5 Millionen Mark notwendig, für Feuerungszulagen und für Ausgaben, die entstehen durch Einführung des achtstündigen Ar- beitstages, 3 Millionen Mark. Zu den gezeigten Ausgaben kommen Mindererinnahmen auf verschiedenen Gebieten. Nach den Steueranschlägen wird das Eigenkapital- und Betriebsvermögen gegenüber der Gesamtumlage für 1918 um etwa 11 Prozent, das Kapitalvermögen um 56 Proz. gesteigert, das Einkommen aber um 66 Prozent. Das Einkommen übernimmt die Hauptsteuer- last.

Mannheim, 18. März. Die Stadtverwaltung erhöht die Grundpreise für den Kubikmeter Wasser von 20 auf 25 %, den Gaspreis auf 25 %, wozu noch 20 % d. Zuschlag kommt, den Preis des elektrischen Stromes zu Lichtzwecken auf 60 %, für Kraftzwecke auf 90 %. Die Straßenbahngebühr soll für 5 Zeilströme auf 20 % erhöht werden. Die Kanalgebühr und die Müllgebühr sollen verdoppelt werden. Die Umlage soll von 40 % auf 50 % erhöht werden für 100 M. des Eigenkapitals- und Betriebsvermögens und auf 150 % (statt 80 %) der Einkommensteuerjahre.

Dumas hatte die hiesige Leitung — war überall zu spüren. Im Kostüme der Salome war zwar ein wenig Kompromiß gemacht; nun ja! Kartrübe! — Der starke Beifall des Publikums galt an- scheinend mehr den Darstellern und dem Dirigenten als Ma- kard II, wofür gemerkt „ansehend“ — s. k.

Der Ausschuss für Volksmusikpflege in Mannheim hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Das Amt eines Geschäftsführers wurde dem Musikschritsteller Eberts übertragen, der auch die Leitung der Volksbühne für Musik übernommen hat. Der Aus- schuss erklärt von der Stadtverwaltung einen Zuschuß von 10 000 M.

Aus dem Karlsruher Konzerthaus.

Konzert Berta Weill — Jan van Gortom. So ein „gemisch- tes“ Konzert ist immer etwas Gewagtes; denn so grundverschiedene Musikgattungen wie Klavier und Gesang können nicht so ohne weiteres aneinandergereiht werden. Es harmoniert dabei manches nicht recht, auch bei so hervorragenden Leistungen wie am Montag abend im Eintrachtssaal. Die Pianistin Berta Weill gehört zu denjenigen Klavierkünstlerinnen, die auf jeden Effekt vollkommen ver- zichten, und ihre Darbietungen lassen erkennen, daß sie vor dem Schwierigsten nicht zurückschreckt. Die Wiedergabe der Chopin- Sonate von Beethoven war insbesondere deswegen so hervorragend, weil sie jede ziemlich billige orchestrale Wirkung vermied und das Klavier als solches umso mehr zur Geltung kam. Neben den Chopinlücken bot die Liszt-Albumblätter Nr. 11 einen besonderen Ge- nuß. Der Schein einer gewissen Oberflächlichkeit dürfte manch- mal noch vermieden werden. — Kammeränger Jan van Gortom ist im Konzerthaus immer willkommen. Ueber sein wunder- volles, in seiner Klangfülle und Schönheit einzigartiges Organ braucht an dieser Stelle kein Wort mehr verloren werden. Vor allem war es die eindringliche dramatische Gestaltungskraft des Sängers, die den Hörer mit sich fortzieht. Da ist vor allem Lohes „Ardhalb“ und „Der Tod und das Mädchen“ von Schubert zu nennen. Aber auch rein lyrische Stücke kamen durch die wunder- bare Weichheit seiner Stimme zu unverweideter Wirkung. „Unbe- rechte, laue Luft“ von Brahms und „Julinacht“ von Schilling seien hier hervorgehoben. — Elise Wed, die zum erstenmale öffentlich auftrat, schenkte zu Anfang etwas Erregt. Das Begleitete ist eine besondere Kunst, wenn es richtig ausgeführt sein soll. Die junge Künstlerin zeigte eine Fertigkeit, die nicht genug gelobt werden kann und auf eine eingehende Schulung, wie auch auf eine beachtenswerte Begabung h. — Das nicht allzu zahlreich erschienene Publikum spendete herzlichen Beifall, s. k.

s. Karlsruhe 5. Bruchsal, 14. März. Letzten Sonntag fand hier im Gasthaus zum „Karlshof“ eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt. Parteisekretär A. Biele-Karlshof sprach über die politische Lage im Land und Reich, sowie über Organisationsfragen, Staatsbrüche über die bevorstehenden Kommunalwahlen, sowie über die örtlichen Verhältnisse in Karlsruhe. Viele Redner erzielten reichen Beifall. Die Versammlung protestierte auch gegen die Willkür, die von Seiten des Gemeinderats hier getrieben wird. Letzte Woche kamen Wollschaf zur Verteilung, ein Teil der Einwohnerchaft erhielt 5-6 Stück von einem Artikel, während ein großer Teil, hauptsächlich der Arbeiterfamilien, leer ausging. Vor etwa 4 Wochen wurde in einer öffentlichen Versammlung zu der Verordnung vom Ministerium des Innern betr. Zuwahl von Gemeinderäten Stellung genommen und zwei geeignete Vertreter dem Gemeinderat vorgelegt. Der Gemeinderat lehnte aber, trotzdem der Bürgermeister vom Bezirksamt Bruchsal den Vorschlag erhalten hatte, daß dem Vorschlag der Arbeiterpartei Rechnung zu tragen sei, ab und ernannte 2 andere Vertreter. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die unterm 9. März einberufene öffentliche Volksversammlung der Sozialdemokratischen Partei protestiert über die Art und Weise der Verteilung der vom Kommunalverband zugewiesenen Bedarfsartikel. Die Versammlung erwartet, daß diese Mangelhaftigkeit umgehend abgestellt wird. Gleichzeitig verlangt die Versammlung, daß die von der Arbeiterpartei bestimmten Gemeinderäte längstens bis Ende dieser Woche, 15. März, ernannt und in ihr Amt eingeführt werden.“

t. Niederstühl, 13. März. Obgleich die Gemeindevorstände noch nicht ausgeschrieben sind, auch noch keine Vorberathungen dazu getroffen wurden, beschäftigt sich das Bürger und dennoch schon mit den mutmaßlichen Kandidaten unserer Partei. Es macht den Bürgerlichen Vorständen, denen um ihre Macht bangt, ansehnlich schwere Sorge, wer nun von unserer Partei, die in der nächsten Wahlperiode kandidieren werden, zu erwarten ist. Es macht den mutmaßlichen Kandidaten, so glauben sie, bei der Vorbereitung durch Einbruch machen zu können, daß sie behaupten, die in Aussicht genommenen sozialdemokratischen Kandidaten seien zu jung und zu arm; wir sind überzeugt, beide Vorwürfe werden auf die Wähler keinen Eindruck machen. Armut ist keine Schande und es habe gerade am wenigsten solche Leute ein Recht, andern ihre Armut vorzuwerfen, bei denen ihr Recht nur in der praktischen Neben liegt, während in der Szene die Späßen schon nach der Erneuerung klingen. Und was das Alter angeht, so waren unsere Genossen auch nicht zu alt, als sie mit 20 Jahren hinaus in den Krieg zogen; da hat man ihre Intelligenz gut gebrauchen können. Und unsere Genossen haben doch schon so viel geleistet in ihrer Arbeit und in ihrem Kampf ums Dasein, daß sie sich jederzeit mit den geistreichsten Köpfen in Bezug auf unsere Gemeindepolitik messen können. Die Herren Kreiler brauchen nur in unsere Wahlversammlungen zu kommen. Wenn unsere Gegner also keine andern Einwände gegen unsere Genossen haben, dann sollen sie lieber händel beschreiben sich zurückhalten, denn mit die'm Gefahren machen sie sich nur lächerlich. — Bezüglich der Bürgermeisterei wählten wir uns mit der kurzen Feststellung begnügen, daß wir immer noch fest und ohne Bögen geschlossen für eine Wiederwahl unseres jetzigen Bürgermeisters eintreten.

* Baden-Baden, 13. März. Der Bürgerausschuß beschloß mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft einen Erbbaurechtsvertrag über den Cosminal abzu schließen und eine Straßenzug mit einem Kostenaufwand von etwa 40 000 M zu erstellen. — Die Zentrumspartei will bei den Gemeindevorständen selbständig auftreten. Bis her gehörten die Stadtverordneten der Zentrumspartei der Bürgervereinigung an.

r. Baden-Baden, 14. März. Neben verschiedenen Geländekäufen und Verkäufen durch die Stadt hatte die letzte Bürgerausschussung drei wichtige Tagesordnungspunkte aufzuweisen: Die Genehmigung eines Erbbaurechtsvertrags mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft Baden-Baden, die Erhöhung der Gaspreise und die Einführung eines Oktrois auf Wein. — Zum 1. Punkt hatte die demokratische Partei einen Antrag eingebracht, die Stadt möge an irgend einer Stelle des Vertrags den Passus einfügen, daß sämtliche Arbeiten der Gemeinnützigen Baugenossenschaft an feine Geschäftsleute vergeben werden sollen. — Da dies bei den Verhältnissen gar nicht anders möglich ist, hätte sich die demokratische Partei den Antrag sparen können, aber es war ihr jedenfalls im Hinblick auf die Wahlen daran gelegen, mit dem Nimbus der Mittelstandstreue zu glänzen. Der Punkt wurde nach längerer Debatte genehmigt und damit dürfte der Grundstein für die Erhöhung der Gaspreise seitens der Stadt ganz besonders die Erhöhung der Löhne ins Treffen geführt wurde, wurde von unserer Seite darauf hingewiesen, daß dies nicht so ganz zutrifft; unser Hinweis wurde auch entsprechend bekräftigt. Die Reduzierung von Seiten der Direktion des Gaswerks war rhetorisch wohl einwandfrei, hat aber die tatsächlichen Verhältnisse in dieser Sache nicht aus der Welt geschafft.

Das Stappenschwein.

Das Gedicht kam im Winter 1915/16 auf und machte damals die Runde durch sämtliche Schützengräben und Unterstände der Westfront, wo es mit viel Pöbeln von Offizieren und Mannschaften, geheim natürlich, vorgetragen wurde. Der Verfasser ist uns unbekannt, es soll ein Offizier gewesen sein, der dann auch, als man seine Verfasserhaft heraus hatte, „geflogen“ sein soll. Recht hatte er deshalb hoch gehabt. Wir geben das Gedicht aus dem Gedächtnis wieder, schriftlich wurde es wohl nie niedergeschrieben.

Wer läuft gebügelt, geschmückt umher?
 Wer fällt das Orphen entsetzlich schwer?
 Wer schlacht unsägliches Kommando-geld?
 Wer ist in Briefen und Gesprächen ein Held?
 Wer trinkt unsere besten Weine?
 Das sind die Stappenschweine!

Wer hat weder Mut noch Größe im Kopf?
 Wer trägt trotzdem das schwarz-weiße Band im Loch?
 Wer läuft, unheim deutschen Frauen zur Schmach,
 Weichmütig, verächtlich Französinen nach?
 Wer schläft nur selten alleine?
 Das sind die Stappenschweine!

Wer packt beim ersten Schuß den Koffer?
 Wer zittert vor jedem Knall des Gewehrs?
 Wer macht unsere ganze Stimmung jählich
 Durch wehleidige, geizige Latrinenberichte,
 Durch Schwarzreden und Gerede?
 Das sind die Stappenschweine!

Und doch ihr Männe und Weibchen!
 Ihr jämmerliches Stappenschweine!
 Wir würden für euer Jammerleben
 Nicht eine unserer schönen Erinnerungen geben.
 Uns bindet Vaterlandstreue.
 Aber aber seid die Stappenschweine!

Es liberal resp. neudeмократisch haben sich die Demokraten bei der Einführung eines Oktrois auf Wein benommen. Sie erklärten, prinzipiell seien sie gegen das Oktroi, aber praktisch genommen hätten sie in dem Fall nichts dagegen einzuwenden, wenn Oktroi auf Wein gelegt werde. Die Begründung dieser liberalen Handlungsweise hatten sie einem Professor übertragen, dessen Ausführungen einem so recht zum Bewußtsein brachten, wie recht Heinrich Heine habe, als er ausrief: „Doctoren und Professoren, armes Volk, du bist verloren!“ Mit allen gegen unsere Stimmen wurde das Oktroi genehmigt. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht und das Dreiklassenparlament der Stadt ein wenig ruhmvolles Ende genommen.

X. Andern, 13. Febr. Im Vorgesicht der kommenden Abrechnung. Dienter aus dem Gefühl heraus, daß unsere Gemeindevorstände die angebrachte gründliche Abrechnung unserer Gemeindevorstände herbeiführen werden, witzeln und neckeln in den „national-liberal-demokratischen“ Wöchentlichen Nachrichten, erhebt man aus einer Jeremiade in Nr. 41. Da werden der Aufforderung zur verdoppelten Arbeit, zu erhöhtem Fleiß die gesteigerten Vorkorderungen, der Achtungsbewahrung der Arbeiter und der freien Samstag Nachmittags der Beamten, gegenüber gestellt. Sogar die Eröffnung neuer Geschäfte ist dem Artikel ein Dorn im Auge. Dem guten Mann schloß ich schon die Pene bei dem Gedanken, es könnten „Reulinge“ die alten Stützen verdrängen. Wenn aber schon die Wähler und Wählerinnen die besonders während des Krieges gemachten Erfahrungen begreifen haben sollten, welche zu in gend eheischen, daß andere Männer unsere Gemeindevorstände seien, so sorgen die verschiedenen Artikel selbst dafür, daß die Sünden unserer jetzigen Stadträte nicht vergehen und demnach auch nicht ungestraft bleiben. Nachdem die „Herren“ zu dem Ergebnis der beiden Nationalwahlen ablesen können, daß ihre Stunde geschlagen, bemühen sie sich, nun zu reiten, was zu reiten ist, und versuchen eine gemeinsame Risse zustande zu bringen. Wir fragen da nun: Sollen sie dies früher auch getan? Sollen sie nicht. Vorerst aber nur die eine Antwort: Einwohner, Arbeiter und Bauern Andern! Seht euch um, der Fuß geht um!

g. Bretten, 12. März. Aus der Gemeindevorstandssitzung vom Dienstag, 11. März, ist mitzuteilen, daß neben anderen weniger wichtigen Punkten auch die Errichtung eines Mietvereins „antes“ und die Mitübertragung der Stadt zur Verwertung standen. Bekanntlich herrscht hier ein starker Wohnungsangel, eine Folge des Krieges; dem soll nun durch Entgegung unbenützter Wohnungen abgeholfen werden. Als Vorläufer mußte nun ein Einigungsamt geschaffen werden. Es sind folgende Herren dazu ernannt worden: 1. Vorsitzender und Vertreter der Hausbesitzer Rechtsanwalt Schmidt und Herr Dewald als Vertreter der Mieter Herr Nolar Hugelmann und G. L. Lardon, als Vertreter der Stadtgemeinde Herr Gumbel. In der Mitübertragung mußte infolge verminderter Auslieferung die Kopquote von ein Viertel auf ein Achtel oder noch weniger herabgesetzt werden. Es ist das für die Versorgungsberechtigten wenig erfreulich, wenn man bedenkt, daß seit Wochen kein Fett verausgabt werden konnte. Wie die Hausfrauen das fertig bekommen sollen, von einem Achtel Vier das für den Haushalt nötige Fett herauszugeben, bleibt ein Rätsel. Zu dem diesseitig gestellten Verlangen, sämtlich die Vollmächte an die städtische Sammelstelle zu übertragen, zu entnehmen und zu verbüttern, um dem derzeitigen Ermangeln etwas zu steuern, konnte man sich nicht entschließen, allerdings könnte dann nur an Kranke und Kinder Vollmächte verausgabt werden. Ein sozialdemokratisches Mitglied fragte bei der Stadtverwaltung an, was an dem in der Stadt verbreiteten Gerücht, daß in städtischen Judenhäusern eingeschlossen und Jüden entset worden sei, Wahres sei. Der Bürgermeister gab den Eindruck zu, wie ihm aber mitgeteilt worden sei, könnte es sich nur um ein kleines Quantum handeln. Die genaue Feststellung erfolgt im Laufe der Woche; es werde dann auch die Liebergabe des Vorgesetzten des bisherigen Inhabers Herrn Kaufmann Genter stattfinden. — Wir möchten zu letzterer Sache bemerken, daß man bei der Stadtverwaltung ansehnlich über große Ruhe und Gelassenheit verfügt. Das Gerücht des Jüdenstichs schwirrt schon länger als 8 Tage in der Stadt umher und man hat bis jetzt noch nicht für nötig befunden, eine Feststellung der gestohlenen Ware vorzunehmen? Bekanntlich wurde bei dem früheren Geschäftsführer des Kommunalverbandes Herrn Weinärtner, Kaufmann und Gemeinderat, auch sehr viel Jüden gestohlen und zum Schluß war doch noch ein ansehnlicher Heberjuch vorhanden? Sollte das hier auch der Fall sein?

Waldheim, 13. Febr. Der Sozialdem. Verein hielt vorletzten Sonntag eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, bei der Gemeindevorstandssitzung vorzutreten, um die Mitwirkung von zwei unserer Genossen im Kommunalverband zu erwirken. Es ist in unserer Gemeinde nicht besser als in anderen Orten und es ist endlich einmal an der Zeit, daß es mit der Verteilung von Lebensmitteln anders wird. Wohl hätte man manchen, der aus dem Felde zurückkam, sagen, jetzt muß es anders werden, aber mit dem sagen allein ist es und wird es nicht anders; es muß praktisch mitgearbeitet werden. Es ist auch jeden Pflicht, für das Parteibrot zu arbeiten, sowie Mitglieder zu werden, um bei der nächsten Gemeindevorwahl endlich in der Lage zu sein, eine Vertretung aus unserer Kreise auf das Rathaus zu entsenden. Wie sehr unserer Gemeindevorwaltung davon hängt, das hat sie bei der Schaffung des Arbeitslosenversicherungsausschusses bewiesen. Zu diesem Ausschusse wurden zuerst 6 Gemeindevorstände vorgelegt, aber vom Bezirksamt mit der Begründung verworfen, der Ausschuss soll aus 3 Arbeitgebern sowie 3 Arbeitnehmern bestehen wir haben nun dem Gemeindevorstand 3 Arbeitnehmer vorgeschlagen und hieron stich der Gemeindevorstand die Namen von 2 unserer Genossen. Dabei wären gerade diese Genossen u. G. die geeigneten gewesen, Ordnung zu schaffen und keine Verhältnisse aufkommen zu lassen, wie sie jetzt bestehen. Wo ein Arbeiter! nach 14 Tagen noch keine richtige Anteilung für Arbeit erhalten hat, trotzdem die Gemeinde Arbeiten genug zur Verfügung hätte. Von einer Tätigkeit des gegründeten Ausschusses merkte man keine Spur. Man hat es sogar von Seiten des Gemeinderates noch nicht für nötig gehalten, die 3 ernannten Arbeitnehmer in Kenntnis zu setzen, damit in dieser Angelegenheit etwas gemacht würde. Man kann schon hieraus sehen, wie besorgt man in unserer Gemeinde für die Arbeiterpartei ist. Die Arbeiterpartei hat daher allen Anlaß, sich dafür einzusetzen, daß auch hier endlich ihr Recht wird, sie hat bei den bald kommenden Gemeindevorwahlen die Gelegenheit, mit der Wirtschaft auf dem Rathaus aufzuräumen und Leute hinauf zu schicken, die das Interesse der Gesamtheit im Auge haben und nicht nur der des Müllers und der Weibchen.

r. Melsbach, 13. Febr. Auch hier liegen die Verhältnisse bezüglich der Lebensmittelversorgung sehr im Argen; die maßgebenden Anstalten machen eben, was sie wollen, wenn ihnen von oben her nicht auf die Finger gesehen wird. Hier ist es der Reichsleiter, der ein Rathsgremium führt; natürlich ist er auch ein großer Sojzenkressler. Ende vorigen Jahres fand einmal eine Jüdenausgabe statt, die meisten Leute erhielten aber nicht, was ihnen zustand, manche erhielten bis zu 1 1/2 Pfund zu wenig. Man sollte Nachforschungen anstellen nach dem Verbleib des Jüden, der natürlich voll bezahlt werden mußte. Nun ging es an die Misch; der Bürgermeister ließ die Viehhof zusammenkommen zwecks einer Aussprache über die Preisermäßigung. Nach langem Hin und Her einigte man sich, 60 Pf. — Sechzig — für den Liter zu verlangen; wie mocht an Forderungen gewisse Leute sind, man darf aus versehen werden, daß sogar Antirige auf 1 M. und sogar 2 M. für den Liter gestellt wurden! Das ist das moderne Christentum: erst die Preise in die Höhe treiben und dann schimpfen, wenn die Arbeiter als Ausgleich eine Erhöhung ihrer Löhne verlangen.

Aus der Partei.

Durlach, 17. März. Nächsten Mittwoch, abends 8 Uhr, spricht die Genossin K. Fischer aus Karlsruhe, Mitglied der bad. Nat.-Versammlung im Saal des „Goldenen Löwen“ in einer Frauenversammlung über das Thema: „Die Tätigkeit der Frau in der Gemeindevorwaltung“. An die organisierten Frauen ergeht der Ruf, vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Der Zugang zur Versammlungslösung erfolgt von der Hauptstraße aus über den Gort.

Gillingen, 17. März. Soziald. Verein. Nächsten Samstag, 22. März, abends 8 Uhr, findet im „Wilden Mann“ (großes Nebenzimmer), eine Parteiverammlung statt. Wir erwarten unsere Mitglieder, jetzt schon eilig, für die Versammlung zu agieren. Ein Mitglied unserer Fraktion der bad. Nat.-Versammlung wird über die politische Lage sprechen.

r. Gersheim, 15. März. Am Sonntag, 9. März, fand hier im Gasthaus zur „Linde“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Frau Bösch aus Freiburg über das Thema „Sozialismus“ sprach. In kurzen, aber trefflichen Worten legte die Rednerin die Ziele der Sozialdemokratie dar, und gezielte im Anschluß daran die Ziele der Sozialdemokratie dar, und während des Krieges. Mehrere Redner traten zu, um während der Versammlung die Ziele der Sozialdemokratie dar, und während des Krieges. Mehrere Redner traten zu, um während der Versammlung die Ziele der Sozialdemokratie dar, und während des Krieges.

g. Andern, 14. März. Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach am Sonntag, 9. März, im großen Saal „Zum Ochsen“ Genosse B. Bösch — früher Reichs- und Landtagsabgeordneter von Straßburg im Elsaß — über das Thema „Die Zukunft Deutschlands“. Gen. Bösch gab zunächst einen Überblick über die Ursachen, die zum Zusammenbruch des Reichs führten; neben der schlechten Ernährung, der langen Dauer des Krieges, war es vor allem auch die schlechte Behandlung der Soldaten, die den Zusammenbruch herbeiführte und an der Front sich sammeln ließ. Anschließend beleuchtete der Redner die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die immer und immer wieder für Verhandlungen eintreten, die man aber nicht hören wollte, deren Forderungen und Warnungen man nicht beachtete. Als die Revolution kam, stellte sich die Sozialdemokratie an die Spitze und übernahm die Führung; dafür sollte man ihr Dank wissen, daß sie verhinderte, daß das Chaos kam. Mit spärlicher Aufmerksamkeit nahm die Versammlung den Bericht des Gen. Bösch über seine Interaktion entgegen. Die Entwürfe, die er da gemauert, namentlich hinsichtlich der Verpflegung der Truppen sowie des Verhältnisses zwischen Offizieren und Mannschaften, seien die denkbar besten. Solch ein Verhältnis wäre bei uns vor dem Krieg unmöglich gewesen. Bezüglich der gegenwärtigen Zustände im Reich beurteilte Gen. Bösch ganz entschieden die parlamentarischen Verhältnisse; auch die Generalrats mit ihrem politischen Untergrund seien nicht dazu angetan, jetzt unpopulärste möglich zu machen. Jetzt hieße es arbeiten; denn Arbeit ist Sozialismus. Wieder ermahnte, daß das Blut unter den Nägeln hervorquell, als für die Entente Front- und Sklavendienste leisteten. — Eine atemlose Stille herrschte während den 1 1/2 stündigen Ausführungen; bezaubernd war es zu sehen, daß die Anwesenden mit dem Redner und seinen Darlegungen einverstanden waren. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. In seinem Schlusswort rief Gen. Bösch alle Genossen herzlich zum Apell an die Anwesenden; es genügt nicht nur, seine Stimme für die Partei anzugeben, sondern man müsse auch Mitglied werden und vor allen Dingen die Parteipresse lesen. Es wurden denn auch eine schöne Anzahl neuer Aufnahmen gemacht, wie auch eine Telleranmeldung einen schönen Betrag ergab.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 18. März. Arbeiterkern, Augen auf! Das juristische Vorbegehen der politischen Umwälzung am Volksschulwesen wird von Eltern und Schülern lässlich beklagt. Wie wenig die verantwortlichen Stellen der neuen Welt berührt hat, erkennt man an dem Gerücht von einem lauberen Plünderer, welches der Leiter der Volksschulen in Karlsruhe ausgedacht haben soll. Wenn auch der Plan der Öffentlichkeit noch nicht unterbreitet ist, denken doch gewisse Vorarbeiten darauf hin, daß er bald ins Werk gesetzt werden soll. Die Schillerstraße am Durlacher Tor, welche viel leicht die am besten eingerichtete Schule dieser Stadt ist, soll nämlich, wie man uns mitteilt, für die Schüler der weiteren Kreise ausschließlich reserviert werden, wahrscheinlich für die Bürgerkinderklassen und für die Mädchenklassen. In jeder Zeit, wo alle Tage geschrieben und gesprochen wird von einer „Ueberbrückung der gesellschaftlichen Klüfte“ und wo man von der Erziehung zum Kampfsinn hoffentlich mehr und mehr abkommt, will der beste Stadtkultur, der, nebenbei bemerkt, einen der Hauptbevollmächtigten der Sonder- und Standeschulen bildet, verhindern, daß die feinen Geheimnisse, Offiziers- und Bourgeoischüler mit denen des Pöbels auf dem Schulhof beim Spielen oder sonst zusammenkommen. „Verwaltungsstellen der Klüfte“ wollen die Absicht verhindern helfen. Diese Maßnahme, welche dem Gedanken der Revolution gerade ins Gesicht schlägt, wird hoffentlich noch rechtzeitig verhindert. Der Stadtkultur nimmt seine Rücksicht darauf, daß die kleinen Schulkinder der Schillerstraße der Volksschulklassen dann einen viel weiteren Schulweg bekommen, wenn sie etwa in die Luftschule müssen. Die Arbeiterkern müssen sich das volksfeindliche Treiben verbitten. Manche Herren, die noch nichts gelernt haben, muß man scheint mit stärkeren Mitteln zum Unternen zwingen. Wenn sie sich absolut nicht in die neue Zeit schicken können, dann lassen sie ihre Köpfe räumen und anderen überlassen. Dieser Plan gehört mit der Forderung beantwortet, daß alle hiesigen Standes- und Sonderklassen beteiligt werden, und zwar sofortigen Abbau von den unteren Klassen her. Es ist eine Schande, daß im Jahr 1919 nach der Revolution noch solche Schulen existieren, wo andere Städte sie bereits abgeschafft haben. Vielleicht genügen diese Zeilen, um die Auslieferung des Planes mit der Schillerstraße zu unterbinden. Wir sind nicht, so werden die Arbeiterkern Mittel und Wege finden, um sich Gehör zu verschaffen.

Aus der Stadtratsitzung vom 13. März 1919. Vom Mietvereinsamt. Die große Zunahme der Geschäfte des für die Stadt Karlsruhe gebildeten Mietvereinsamtes erfordert die Berufung eines weiteren stellvertretenden Vorsitzenden dieses Amtes. Als solcher wird Staatsanwalt G. N. G. zurzeit rechtskundiger Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung, bestellt. Schweinefleisch im städtischen Viehhof. Das städtische Schlacht- und Viehhofamt hat im November v. J. von der städt. Unterverwaltung 26 Käuferpreise erworben, unter Mitwirkung von

Ladenabfällen aus den Hauskästungen der Stadt gewässert und nun auf Anordnung der badischen Fleckreinigung an vier hiesige Wäschereien zur Verbesserung der Wäsche verkauft.

Vom Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus. Im Jahre 1917 hat sich beim Pflanzungsabfall ein Betrag von 78 000 M., 1918 ein solcher von 156 000 M. ergeben und im laufenden Jahr sei ein solcher von etwa 200 000 M. zu erwarten. Der badische Frauenverein hat sich wegen Verbilligung eines Kaufpreises zu den Betriebskosten an die badische Regierung gewandt und bittet auch den Stadtrat um eine entsprechende Hilfe. Der Stadtrat ist vorerst in den Entwurf des diesjährigen Gemeinde-Voranschlags einen Zuschuß von 60 000 M. zu den Betriebskosten des Feims ein, unter der Voraussetzung, daß der badische Staat, wie im 2. Nachtragsetat vorgezogen, einen Kostenzuschuß von 70 000 M. gewährt und die in Aussicht genommene Verbilligung im Laufe des Jahres erzielt wird.

Operetten-Vorstellungen im Stadt-Konzertsaal. Mit dem badischen Landes-Theater wird eine Vereinbarung über die Veranstaltung von Operetten-Vorstellungen im Stadt-Konzertsaal in den Monaten Juni, Juli und August d. J. getroffen.

Grünewinkel. Heute Dienstag abend 1/8 Uhr findet im Gasthaus zur „Lokalbahn“ eine Mitgliederversammlung der Partei statt, zu der auch die Volksvereinsmitglieder einladen sind. Die Tagesordnung weist sehr wichtige Punkte auf. Gen. Startrat Dr. Kulmann wird einen Vortrag halten.

Die Einlösung des städtischen Notgeldes. Das im Oktober 1918 ausgegebene Notgeld der Stadt Karlsruhe (Eichene zu 20 M. und 5 M.) wird auf 1. April ds. Js. zur Einziehung und Einlösung angetreten.

Die badischen Lederwerke A. G. in Karlsruhe-Mühlburg hatten im Jahre 1918 einen Rohwinn von 816 742 M. und einen Reingewinn von 189 146 M. Die Dividende beträgt 9%.

Sozialistische Vereinigung Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet im großen Rathsaussaal ein Vortrag statt über das Thema: „Niederlegung des christlichen Liberalismus und die Zukunft der evangelischen Landeskirchen.“ Referent: Stadtpfarrer Rhode (Karlsruhe). Die Mitglieder der Vereinigung und alle evangelische Gen. einladend sind hierzu eingeladen.

Kreisler-Abstinenzbund (Ortsgruppe Karlsruhe). Am Mittwoch, 19. ds. Mts., abends 1/8 Uhr, findet im Reformhaus Krieger, Kaiserstr. 66, eine Versammlung statt. Tagesordnung: Aussprache über gährungslose Früchteverwertung. Freunde unserer Sache, besonders Frauen, sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftstellersverein) veranstaltet am Montag, den 24. März, abends 7 Uhr, im „Friedrichshof“ eine Begrüßungsfeier für die aus dem Exzessdienst entlassenen Mitglieder. Von dem Verein bei Ausbruch des Krieges angehörigen Mitgliedern standen während der Kriegsjahre 17 im Exzessdienst. Drei davon fielen auf dem Felde der Ehre, mehrere wurden verwundet.

Die Karlsruher Familienkassenkassen hielt am vergangenen Sonntag im „Goldenen Adler“ ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Herr Stadtb. B. Hof, erstattete den Jahresbericht. Das Ergebnis des Geschäftsjahres war den Verhältnissen entsprechend ein befriedigendes. Die Kasse konnte trotz harter Finanzverhältnisse ihren Verpflichtungen voll und ganz gerecht werden. Die Einnahmen belaufen sich auf 25 157,10 M., die Ausgaben auf 24 256,31 M., somit der Rückstand auf 1. Januar 1919 899,79 M. Das Gesamtvermögen beträgt 899,79 M. Der Abschluß eines neuen Verzehrsvertrages mit weiteren Forderungen, wie auch die Verwertung der Medikamente macht die Erhöhung der

Beiträge notwendig. Es werden sechs Beitragsklassen gebildet und zwar Kl. 1: 2,50 M., Kl. 2: 3,50 M., Kl. 3: 4,50 M., Kl. 4: 5 M., Kl. 5: 6 M., Kl. 6: 7 M. (Ausnahmefälle und Probepflicht durch Dr. Starck, Kaufmann, Pfendstraße 6, Telefon 4139).

Fußballsport. Das am letzten Sonntag auf dem Weichheimer Sportplatz stattgefundene Verbandsspiel F.C. Germania Durlach gegen F.V. Weierheim konnte Weierheim mit 4:2 Toren gewinnen.

Letzte Nachrichten. Das Brüsseler Abkommen.

Berlin, 17. März. In der Eröffnungsitzung vom 13. März teilte Admiral Weymuth die Bedingungen mit, unter welchen die alliierten Mächte bereit sind, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu erlauben:

1. Die vereinigten Regierungen werden selbst so schnell als die Transportmittel vorhanden sind, liefern oder Erlaubnis geben an dem Export der benachbarten neutralen Länder für den Rest der vereinbarten 270 000 Tonnen, sobald die Schiffe, welche bereits von den Deutschen als leertüchtig namhaft gemacht worden sind, aufgefunden sind und sobald Zahlungen für diese Lebensmittel vereinbart worden sind.

2. Deutschland soll das Recht haben, zu kaufen und zu importieren bis zu 300 000 Tonnen Cerealien und 70 000 Tonnen Fett einschließlich Schweineschmalz, vegetabilische Öle und landwirtschaftliche Milch monatlich bis zum 1. September.

3. Es muß für diese Nahrungsmittel Bezahlung und zwar in einer der folgenden Arten: a) durch den Export von Waren und den Verkauf von Ladungen deutscher Schiffe, welche jetzt in neutralen Ländern liegen; b) durch Kredite in neutralen Ländern; c) durch den Verkauf fremder Sicherheiten oder Eigentums; d) durch Vereinbarung von Schiffen gegen fremde Sicherheiten oder Eigentum als Sicherheit; e) durch die Miete von Schiffen; f) Geld kann auch verwendet als Unterlage für Darlehen, die abgezinst werden, wenn andere Zahlungsmittel die Möglichkeit zu einer derartigen Abführung geben.

4. Es kann bestimmte Waren exportieren. Der Erlös dieser Exporte muß jedoch zur Bezahlung der Nahrungsmittel verwendet werden.

5. Sobald die deutschen Schiffe überliefert sind, soll der erste Gebrauch, welcher von den Schiffen gemacht wird, der Transport der deutschen Vorräte bis zu der oben angegebenen Höhe für die Periode bis 1. November sein.

6. Deutschland kann kaufen oder importieren Nahrungsmittel innerhalb der oben angegebenen Grenzen von neutralen Ländern, welchen man gestattet wird, große wirtschaftliche Quantitäten einzuführen.

7. Es ist wohl verstanden, daß die Erklärung der vereinigten Regierungen null und nichtig wird, falls Deutschland die Bedingungen des Waffenstillstandes bricht oder irgendwie verhandelt, seine Verpflichtungen betreffs Übergabe der Handelsflotte durchzuführen.

Die deutschen Vertreter sind im Prinzip einverstanden. Herr v. Baur erklärte, daß die deutsche Regierung diese Bedingungen als Basis einer vorläufigen Regelung annehme. In der Vollziehung am 14. März werden die oben angeführten Vereinbarungen endgültig angenommen.

Teilweise Aufhebung der Blockade.

Paris, 17. März. Aus Paris wird gemeldet, daß der französische Außenminister Richon in der am Samstag stattgefundenen Konferenz bemerkenswerte Mitteilungen über den Inhalt des Brüsseler Friedensabkommens in Brüssel gemacht hat. Richon erklärte, die unmittelbare Folge der Brüsseler Vereinbarungen bilde die teilweise Einstellung der Blockade, die

den Neutralen gegenüber nach Unterzeichnung des Brüsseler Friedensabkommens aufgehoben werden sollte. Sodann wies Richon darauf hin, daß die Verfassung des Völkerbundes nicht in den Brüsseler Friedensvertrag aufgenommen werden könne und zwar abgesehen von allen anderen Motiven aus rein technischen Gründen. Zum Schluß erklärte Richon auf eine diesbezügliche Anfrage, daß eine Erörterung der Friedensbedingungen zwischen den Vertretern der Alliierten und den deutschen Delegierten nicht zugelassen werde. Der deutschen Abordnung werde lediglich der Friedensvertrag vorgelegt und sie müsse dann die Entscheidung treffen, ob sie die Bedingungen annehme oder ablehne.

England vor dem Generalfreil.

L. L. Lugans, 17. März. Der Londoner Korrespondent des „Secolo“ telegraphiert seinem Blatte, daß trotz aller Bemühungen der Regierung der Generalfreil in England unvermeidlich erscheint. Die Bergarbeiter bestehen auf der Verstaatlichung der Kohlengruben, die Eisenbahnen verlangen kategorisch die Verstaatlichung der Transportmittel. Die Lage wird als ungewöhnlich ernst angesehen. In verschiedenen Kohlenbezirken sind bereits Teilstreiks der Bergarbeiter ausgebrochen, über die die englische Presse nur lückenhaft berichtet. Die Kohlenversorgung wird vorläufig dadurch gesichert, daß die Ausfuhr erheblich eingeschränkt wird.

Handelsverträge nach Friedensschluß.

Amsterdam, 17. März. Das „Daily News“ wird aus Paris gemeldet, daß die Ausschaltung Deutschlands vom Weltmarkt nicht mehr in Betracht gezogen werde. Die dem Obersten Kriegsrat in Paris vorgelegten Denkschriften über diese Fragen betonen übereinstimmend, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands sich nur ermöglichen lasse, wenn sich Deutschlands Handel und Industrie wieder Abzweiggebiete auf dem Weltmarkt schaffen. Alle Handelsverträge und die schwarzen Listen sollen aufgehoben werden. In allen Entente-Ländern wird der Handelsverkehr mit Deutschland gestattet, sobald der Brüsseler Friedensvertrag unterzeichnet ist.

Friedensunterzeichnung zu Osnabrück.

Osnabrück, 17. März. Das „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß die deutschen Delegierten Anfang April in Paris eintreffen werden. Die Beratungen finden in Versailles statt, wo das Friedensdokument zu Osnabrück unterzeichnet werden soll.

Briefkasten der Redaktion.

G. W., hier. Wir haben die Angelegenheit dem Unterrichtsministerium unterbreitet.

Verantwortlich: Für den Artikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Teile Nachrichten Hermann Adel; für badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdemokratische Frauensektion.) Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Goldenen Löwen“ Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Fischer, Mitglied der bad. Nationalversammlung. 1941

Wasserstand des Rheins.

Schäufelrinne 1,84 Meter, gef. 2 Zim.; Rehl 2,51 Meter; Maxau 4,04 Meter, gef. 3 Zim.; Mannheim 3,17 Meter, gefallen 5 Zentimeter.

Konjunktionsgebildet
Kl. vierpieler
empfehlen sich Gesellschaften, Vereinen, sowie Hochzeiten, Jubiläen, Gebr. Friedrichsstraße 14, 4. Et. 1926

Verbrochene
Grammophonplatten
ca. 7 Hk. zu verkaufen.
Angebote mit Preisangabe unter Nr. 1949 an das Volksfr. und-Büro.

Pfannkuch & Co.
Neues Gauerkraut
Pfund 33 Pf.
bei 5 32 Pf.
bei 10 30 Pf.
eingemachte Rote Rüben
(rote Beete)
Pfund 50 Pf.
Essiggurken Meerrettig
Pfund 90 Pf.
empfehlen 774
Pfannkuch & Co.

Hygiene der Ehe
in 250. Auflage:
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute
von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Orane. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gähr- und Still-tätigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. — Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz u. w. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gefühlskälte. Folgen der Kinerosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. — Bezug gegen Einsendung von M. 2 — franko oder gegen Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 78.

Sind Sie musikalisch?
Dann hören Sie einen **Odeon-Musikapparat mit Odeon-Musikplatten**



Odeon-Musikhaus
Karlsruhe
Kaiserstrasse 175. Telefon 339.

Stotterer
erhalten gratis meine Broschüre über die Art der Stotterns und die Verrückungen desselben ohne Arzt u. ohne Verzichtung (D. N. P.) Die Auslieferung erfolgt sofort in Rouver ohne Rücksicht auf den Postlokalität. H. Steinmeier, Hagenburg (Schwaben, Württemberg). 1800

Betten u. Postermöbel
neben 111 und 111 1/2 auf gearb. 1611

Fr. Gayer,
Tapezierer u. Dekorateur,
Humboldtstraße 24.

Ein Mann, welcher mit jeder gut bewandert ist und über schriftliche Tätigkeit verfügt, wolle sich unter Nr. 1945 im Volksfreund-Büro melden.

Zu verkaufen:
1 gebrauchte Bettstelle, m. Holz, m. Post u. Matratze, 1 oval. Tisch, 1 Wanduhr, 3 Silber, 1 Küchenhocker. 1923
Schützenstr. 47, S. 2.

Vortrag in Baden-Baden
am Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr
in Sinners Saalbau
über das Thema:
„Die bolschewistische Gefahr und die Spartakuskämpfe in Deutschland“
Redner: Leutnant Stöcker, vom Heimatdienst in Berlin.
Exzellenz Baron Knorring hat es übernommen, einige einleitende Worte zu sprechen. 1920

Zu verkaufen:
1 neuer schwarzer Anzug, stark figur. 1 Offiziersstoffs. Hochverleihen, weiße Zylinderhüte, Jagdmantel, Pfeffermühle, 4. April 1944
1944
Marientr. 65, S. 4. Et.
Schwarzer Herd
mittelgroßer
in tadellosem Zustand zu verkaufen. 1922
Wielandstr. 2, 2. Et.

Die Einwohnerschaft des Landgerichtsbezirks Karlsruhe wird gebeten, zu den von ihr vor dem Kriege beschäftigten **Rechtsanwälten** die infolge ihrer Teilnahme am Krieg an der Ausübung ihrer Praxis verhindert waren, zurückzukehren. 1939
Karlsruher Anwalts-Verein

Belohnung!
100 M. demjenigen, der mir meinen Hund (Vollzeiger), Alcedale Terrier, losfarb., schwarz, Sattel, am rechten Ohr offene Wunde, wiederbringt.
Vor Anlauf wird gewarnt.
Emil Bucherer
Karlsruhe 1946
Bähringerstraße 42.

Zentralverband der Glaser und verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Karlsruhe.
Todes-Anzeige.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem am 16. März erfolgten Hinscheiden unseres wertvollen Kollegen
Otto Karle
gerne in Kenntnis zu setzen. Derselbe erreichte ein Alter von nur 33 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 19. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe statt, und ersuchen wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. 1931
Die Ortsverwaltung.

